Heft 99 / 2019

GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE

Schwerpunktthema:

Demokratie lernen im ländlichen Raum

weitere Themen:
- Zur historischen Dimension der europäischen Krise
- Brauchen wir eine neue Erinnerungskultur?

Informationen zur politischen Bildungsarbeit

Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.!

2019 ist ein Jahr mit einer ganzen Reihe von erinnerungspolitisch denkwürdigen Daten: 1849 – 1919 – 1939 –1949 –1969 – 1989. Die Daten stehen – abgesehen von 1939 – für Ereignisse der deutschen Demokratiegeschichte, insbesondere der deutschen Verfassungsgeschichte, 1969 für eine wichtige Entwicklungsphase. Für den Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie, der seit Jahren die Auseinandersetzung mit der deutschen Demokratiegeschichte als öffentliche Aufgabe betrachtet, ist diese Häufung von historischen Daten eine besondere Herausforderung, zumal gegenwärtig implizit und explizit unser Demokratiemodell in Frage gestellt wird.

Die deutsche Geschichte weist im 19. und 20. Jahrhundert tiefe Brüche und mit der NS-Herrschaft eine beispiellose Katastrophe auf. Dennoch lassen sich auch in Deutschland Ansätze der Demokratiegeschichte finden – im Vormärz und in der Revolution 1848/49, die trotz ihres Scheiterns nicht folgenlos war. Oder in der Weimarer Republik, die keineswegs nur als Vorgeschichte des „Dritten Reiches" zu betrachten ist. Die Weimarer Republik gehört wesentlich zu unserer Demokratiegeschichte. Das Grundgesetz der Bundesrepublik hat auf die Schwächen der Weimarer Verfassung reagiert, aber auch deren Errungenschaften wie etwa den Katalog der Bürgerrechte weiterentwickelt und gestärkt. Auf dieser Grundlage hat sich eine funktionierende Demokratie entwickelt, die bis heute unser politisch-gesellschaftlich-kulturelles Leben bestimmt. Es war ein langer, umkämpfter Weg zur heutigen Demokratie, der im öffentlichen Bewusstsein verankert werden sollte.

Ein großer Meilenstein auf diesem Weg bedeutet auch die Friedliche Revolution in der DDR, die wir in diesem Jahr besonders feiern. 30 Jahre Friedliche Revolution können für uns Anlass sein, die Bedeutung dieser Ereignisse und der dadurch ermöglichten Wiedervereinigung für unsere Demokratieentwicklung zu erörtern, wobei es auch um die Feststellung von Defiziten und Problemen geht. Es gibt jedoch keinen Grund, von einer völligen Fehlentwicklung etwa in den ostdeutschen Ländern auszugehen, wie manche Stimmen in der Öffentlichkeit nahezulegen scheinen.

Der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie steht mit seinem Engagement für die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte und Demokratiebewusstsein keineswegs allein. Besonders erfreulich ist es, dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier diese Themen zu einem der zentralen Anliegen seiner Präsidentschaft gemacht hat. Hervorzuheben ist seine bedeutende Rede zur 100. Wiederkehr der Ausrufung der deutschen Republik am 9. November 1918 im Reichstag, zudem seine Rede in Weimar, die das Werk der Weimarer Nationalversammlung, die Reichsverfassung, differenziert gewürdigt hat. Hinzu kommt sein programmatischer Beitrag zur demokratischen Erinnerungskultur anlässlich des 18. März in der Wochenzeitung „Die Zeit". Die demokratischen Traditionen verdienen verstärktes Interesse.

Da Demokratiebewusstsein und Verfassungspatriotismus eine starke europäische Komponente besitzen, fordern Regionale Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. dazu auf, sich an der Europawahl zu beteiligen und proeuropäische Parteien zu wählen. Wie kein anderes Mitgliedsland der EU ist Deutschland auf ein funktionierendes Europa angewiesen, das es allerdings demokratisch weiterzuentwickeln gilt.

In dieser Zeitschrift legen wir ein besonderes Augenmerk auf die Förderung des Demokratiebewusstseins in ländlichen Räumen. Vielleicht noch stärker als in Metropolen und Städten sind hier demokratische Partizipation und gesellschaftlicher Zusammenhalt daran gebunden, dass die Herausforderungen vor Ort aufgegriffen und die zentralen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden. Es geht nicht zuletzt um entsprechende Rahmenbedingungen.

Allen, die an diesem Heft mitgearbeitet haben, das auch über vielfältige Projekte berichtet, herzlichen Dank!

Mit den besten Grüßen
Ihr/Euer

Bernd Faulenbach

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Titel: Fotovorlage © Andreas Hermsdorf / pixelio.de
Redaktion: Liane Czeremin, Theresa Ostertag, Dr. Dennis Riffel, Julia Wolrab, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH
Die Zeitschrift wird klimaneutral auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir bemühen uns allgemeinverständlich zu schreiben und verzichten daher zugunsten der Lesbarkeit auf gendergerechte Sprache. Bei Autorenbeiträgen überlassen wir die Entscheidung den Verfasserinnen und Verfassern.
ISSN 2364-0251

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

SCHWERPUNKTTHEMA

Demokratie – das sind wir alle. Sind wir das noch? 4
Folgen unterdrückter Enttäuschungen 7
Verein(t) für Demokratie 10
Ländliche Erwachsenenbildung in Niedersachsen – was bedeutet hier politische Bildung? 11
Ganz weit draußen? 13

ANALYSE UND MEINUNG

Was auf dem Spiel steht – zur historischen Dimension der europäischen Krise 15
Brauchen wir eine neue Erinnerungskultur? 18

AUS UNSERER ARBEIT

Junge Mitglieder engagieren sich im Verein – und sagen, warum 20
Zur Mitgliederversammlung in Kiel 21
Zwei neue Broschüren in der Geschäftsstelle 22
Religiös begründeter Extremismus: Neue Online-Beratung „emel“ macht Hoffnung 23
RAG Thüringen: Seit zehn Jahren „On the Road“: die Wanderausstellung „Von Liebe und Zorn. Jung Sein in der Diktatur“ 24
RAG Hannover: „Schau mich an. Begegnungen in Israel“ 27
RAG Nordhessen-Südniedersachsen: Die Revolution rollt – nach Kassel 28
LAG Baden-Württemberg: Neue Orte des Gedenkens in Stuttgart: ehemalige Gestapo-Zentrale und NS-Justiz 30
RAG Augsburg:
Liebesbriefe von der Front: Über den Alltag der Menschen im Ersten Weltkrieg 32
Der Mann, der die Welt zusammen bringt 33
RAG Böblingen-Herrenberg-Tübingen:
Zwei neue Mahnmale wider das Vergessen 34
Nach 75 Jahren geklärt: Die Herkunft von Kriegsgefangenen aus Indien 35
LAG Baden-Württemberg: „Was haben wir aus der Geschichte gelernt?“ 37
RAG Rhein-Main: „Ich wollte, ich wäre nicht zur Welt gekommen“ 39
RAG Südhessen: „Antisemitismus ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit“ 40

NAMEN UND NACHRICHTEN

Gründungsmitglied Manfred Struck gestorben 42

REZENSIONEN

Ernst-Jürgen Walberg bespricht – eine Sammelrezension: 43
London 1938. Defending ‚degenerate‘ art.
Ein ganz normales Pogrom. November 1938 in einem deutschen Dorf.
Die fremden Götter.
Der Panzer zielte auf Kafka. Heinrich Böll und der Prager Frühling.
„... weil aus dem Zweifel das Wachstum entsteht.“

IMPRESSUM 2
VORSTAND UND BEIRAT 47

Ellen Ueberschär

Demokratie – das sind wir alle. Sind wir das noch?

Bildungsarbeit im ländlichen Raum

Für die Bundesrepublik Deutschland, 1949 und 1990 neu gegründet, war das demokratische Zusammenleben mit seinen Grundlagen und Grundtugenden ein stetes Ringen. Zugleich etablierte sich die politische Bildung in der demokratischen Vielfalt unterschiedlicher Träger als eine unverzichtbare Säule der Demokratie. Ein Satz der großen liberalen Demokratin Hildegard Hamm-Brücher schien gelebte Realität zu werden: „Demokratie – das sind wir alle." Jahrzehntelang wirkte der Satz nicht besonders aufregend. Heute aber, wenn wir das Funktionieren von Demokratie eher im Krisenmodus wahrnehmen, wirkt er nicht nur an-, sondern auch aufregend.

Wo zeigt sich die Krise der Demokratie als Herausforderung einer flächendeckenden politischen Bildungsarbeit? Sie zeigt sich in wenigstens vier Dimensionen:

- **in einem weit verbreiteten Unsicherheitsgefühl**

Die Krise der Demokratie hat eine wesentliche Ursache in einem Unsicherheitsgefühl, das sich in wachsenden Teilen der Bevölkerung zu Pessimismus verdichtet und sich aus einer vielfachen Problemwahrnehmung speist: Bürgerinnen und Bürger resignieren angesichts des jahrelang erlebten Abbaus öffentlicher Infrastrukturen.

- **in der Wahrnehmung der Globalisierung als Bedrohung**

Die Erfahrungen, die mit Globalisierung und Europäisierung einhergehen, erleben viele Menschen, nicht nur in Deutschland, als einen Kontrollverlust des demokratischen Staates. Die Europäische Union kompensiert dies nicht, sondern wird als weiterer Krisenfaktor wahrgenommen.

- **in der Wahrnehmung einer Repräsentationslücke**

Einige Teile der Wählerschaft fühlen sich mit ihren Anliegen in der Politik nicht (mehr) gehört und vertreten, was zu einem Legitimationsverlust der Demokratie führt. Hier verfangen populistische Thesen, in denen das „wahre" Volk einer abgehobenen Elite entgegensteht, die niemanden außer sich selbst repräsentiert.

- **im Erstarken neuer und alter Feinde der Demokratie**

Die Unsicherheit in der Bürgerschaft wird von den Feinden der Demokratie von innen wie von außen gezielt geschürt: Rationalität und Wahrheit werden explizit in Frage gestellt durch Desinformation und bewusste Falschmeldungen. Dies entfremdet Bürgerinnen und Bürger von der Demokratie, lähmt sie in ihrem Engagement und stellt den Satz „Demokratie – das sind wir alle" infrage.

Zweifellos ergeben sich aus den mannigfaltigen Bedrohungen der liberalen Demokratien bedrängende Fragen für die politische Bildungsarbeit nicht nur der politischen Stiftungen.

In Berlin-Mitte, im Herzen des Regierungsviertels, ist diese Krise allenfalls am Schreibtisch nachzulesen. Das Haus der Heinrich-Böll-Stiftung ist mit fast täglichen Veranstaltungen zu weltweiten demokratischen Bewegungen, zu Europa, zu Klimaschutz, Energie, Mobilität und Globalisierung bestens gefüllt. Sensible Demokratinnen und Demokraten, die keinen verunsicherten Eindruck machen, informieren sich, diskutieren miteinander und profitieren von einem breiten Angebot politischer Bildung. Die Berliner können täglich zwischen verschiedenen Angeboten wählen.

Strukturell offenbart sich eine für die politische Bildung schwierige Situation jedoch in ländlichen, kleinstädtischen Räumen, wo es nicht möglich ist, Angebote in der Fülle wie in Berlin-Mitte zu machen, und wo das akademisch gebildete und das künstlerisch kreative Milieu nicht prägend für die demokratische Kultur ist.

Es geht um Räume, in denen sich Bürgermeisterinnen – mancherorts ehrenamtlich – täglich mühen, die Infrastrukturen in ihrem Ort aufrechtzuerhalten, kulturelle Räume zu schaffen und den Strukturwandel mit vorhandenen Mitteln verträglich zu gestalten. Kann der Mangel an Angeboten politischer Bildung schon erklären, warum in bestimmten Regionen rechtsextreme Ideologen die Meinungsführerschaft im Ort er-

Der Tu was e.V. von RAG-Sprecher Gerhard Harder engagiert sich im Wendland.

Foto: Archiv

Foto: Alexander Hauk/pixelio

In strukturschwachen Regionen, in denen der Staat in der Bereitstellung von Bildung, Infrastruktur und Kultur Schwächen zeigt, schwindet häufig das Vertrauen in die demokratischen Institutionen.

ringen, das politische Mikroklima vergiften und – für welches politische Thema auch immer – stets eine einzige Antwort parat haben: Die Migranten sind schuld.

Nachweislich besteht ein Zusammenhang zwischen einem zum Rechtspopulismus tendierenden Wahlverhalten und wirtschaftlicher Strukturschwäche, starker Abwanderung und hoher Arbeitslosenquote. Dieser Zusammenhang ist aber nicht zwangsläufig: Arbeitslosigkeit oder das Gefühl wirtschaftlicher Benachteiligung sind kein Grund für ein bestimmtes Wahlverhalten. Gleichwohl fördert das Erleben staatlicher Schwächen in der Bildung (die Schulen sind weit entfernt, die Lehrer reichen nicht aus), in der Infrastruktur (außer dem Schulbus findet ÖPNV nicht statt), in der Kultur (an Theatern und anderen kulturellen Einrichtungen wird gespart) nicht das Vertrauen in die Demokratie, sondern erschüttert es.

Zur wirtschaftlichen Strukturschwäche tritt in Teilen unserer Gesellschaft das Gefühl des geokulturellen Abgehängtseins: Da scheint eine globale Bildungselite zu existieren, zu der man nicht gehört, die offensichtlich den Mühen der Ebene entfliehen kann und die eigene Familie, die nicht polyglott und bestausgebildet ist, hinter sich lässt. In ländlichen Regionen, in denen attraktive Arbeitsmöglichkeiten rar sind, wissen viele Menschen wie es sich anfühlt, wenn die jungen, klugen Leute abwandern und allenfalls am Wochenende vorbeischauen, aber das kommunale Leben nicht aktiv mitgestalten.

Nach den Chemnitzer Ereignissen am 26. August 2018, an dem die sächsische Großstadt nach dem Mord an einem jungen Mann zu einem Symbol für öffentlichen Rechtsextremismus wurde, verbreitete sich der hashtag #wirsindmehr. Er gilt für Deutschland im Großen und Ganzen, aber für manche strukturschwachen Orte und Gegenden trifft er nicht zu – die Zivilgesellschaft, die sich in Großstädten wie Berlin mit engagierten Großdemos zu Wort meldet, ist da zu schwach.

Aber vorhanden ist sie auch dort. Das ist unter anderem ein Erfolg politischer Bildungsarbeit, die bei politisch wachen Menschen ansetzte, die sich auf kommunaler Ebene engagieren wollten. Förderprogramme der 1990er und 2000er Jahre haben die Entwicklung und Vertiefung einer demokratischen Zivilgesellschaft gefördert, aber oft zu sporadisch und zu projektbezogen. Gerade dort, wo die Kräfte begrenzt sind, ist die Notwendigkeit der permanenten Beantragung von Fördermitteln für die politische Bildungsarbeit bei gleichzeitiger Arbeit mit den gerade bewilligten Geldern ein Hindernis für eine starke und wirkungsvolle Zivilgesellschaft, die Vertrauen in demokratische Strukturen stärkt.

Im besten Fall ergänzen sich demokratische Institutionen vor Ort und eine lebendige Zivilgesellschaft mit Bürgerinitiativen, Vereinen und Kirchengemeinden. Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen stellt sich über glaubwürdige, engagierte Personen her. Politische Bildung kann dem Gefühl entgegenwirken, dass sich Politik aus konkreten Orten und alltäglichen Lebensräumen zurückgezogen hat, dass ganze Regionen „politisch verlassen" sind. Genau in dieses Gefühl der Verlassenheit stoßen politische Anbieter, Krisengewinnler und selbsternannte „Kümmerer", die aus der Angst vor dem Fremden politisches Kapital schlagen und dem Satz „Demokratie – das sind wir alle" die Legitimation entziehen.

Wie kann politische Bildungsarbeit in dieser Situation ihre Wirksamkeit erhöhen? Die Bildungsforscherin Anja Besand verweist zu Recht darauf, dass politische Bildung „keine Feuerwehr und kein Reparaturbetrieb" ist. Wenn Hakenkreuze und Hitlergrüße auftauchen, ist erst einmal die wehrhafte Demokratie gefragt und das klare Eingreifen der Polizei.

Ebenso wenig kann politische Bildungsarbeit als Trostpflaster herhalten – nach dem Motto: Die Infrastrukturen der Teilhabe funktionieren zwar nicht, die Schulen sind schlecht ausgestattet, das W-LAN ist zu langsam, die Polizei erscheint nicht oder zu spät, Steuern werden hinterzogen, Kommunen müssen Fahrverbote verhängen, weil große Unternehmen ihre Kunden betrogen haben, aber wir bieten Euch ein Seminar der politischen Bildung zur Stärkung demokratischen Zusammenhalts an: So funktioniert es nicht.

Politische Bildung ist auch nicht mit einer einzigen „nationalen Anstrengung" erledigt, eher ähnelt sie dem Fahrradfahren – Politik muss für die politische Bildung ständig in die Pedale treten, sonst kippt das Vehikel, sprich die Gesellschaft, zur einen oder anderen Seite.

Es gibt viele Bedingungen dafür, dass politische Bildungsarbeit in strukturschwachen, ländlichen Räumen gelingt. Die finanzielle Ausstattung ist eine davon. Eine andere ist der Grad des „Aufsuchens" politischer Bildungsarbeit, in dem sich diese kommunikativ auf ihre Zielgruppen einstellt, sich an die Orte begibt, an denen sie sich aufhalten. Weiter haben die Kontinuität der Angebote und die Qualität der Anbieter eine Bedeutung für die Wirksamkeit politischer Bildung.

Über diese professionsspezifischen Bedingungen hinaus lassen sich drei Grundsätze für eine erfolgreiche politische Bildungsarbeit festhalten:

1) **Politische Bildung gelingt nur mit *Wissen:*** Sie beginnt in der Schule, darf sich aber nicht im Auswendiglernen demokratischer Institutionen und »

Fotos (v.l.n.r.): uschi dreiucker/pixelio.de; Siegfried Fries/pixelio.de; Andreas Hermsdorf/pixelio.de; S. Hofschlaeger/pixelio.de

» von Grundgesetzartikeln erschöpfen. Wissensvermittlung kennt viele kreative Formen. Demokratiepädagogische Ansätze sind unverzichtbar, wenn es darum geht, Menschen in die sehr anspruchsvolle Form des politischen Zusammenlebens, die Demokratie nun einmal ist, zu integrieren. Demokratisches Erfahrungswissen wird unabhängig von der Schulform gewonnen, politische Bildung wendet sich genauso an Gymnasiasten wie an Berufsschüler.

In ko-kreativer Zusammenarbeit mit der Zielgruppe hat beispielsweise die Heinrich-Böll-Stiftung ein Planspiel für Berufsschülerinnen und -schüler entwickelt, das sich dem Konfliktpotenzial des Zusammenlebens widmet. Das Planspiel füllt eine Unterrichtseinheit und findet über Multiplikatoren Verbreitung, unter anderem Mitglieder des Netzwerks „Demokratische Schule". Ein Spiel weckt Emotionen, die ein positives Lerngefühl verstärken und Vorurteile gegenüber Integration und ihren Herausforderungen abzubauen helfen.

2) **Politische Bildung braucht Werte und *Haltung*.** Formale politische Bildung nützt nichts, wenn sie nicht mit einer Haltung verbunden ist. Der erste Artikel des Grundgesetzes bleibt unverständlich, wenn Lehrende den Grundgehalt der Menschenwürde nicht selbst vertreten. Bisweilen wird das „Überwältigungsverbot" des Beutelsbacher Konsenses – der professionsethischen Grundlage politischer Bildungsarbeit – als Neutralitätsgebot ausgelegt. Das aber ist ein Missverständnis.
Das Gegenteil ist richtig: Eine klare Haltung von Lehrenden und Trainerinnen in und außerhalb von Schulen ist die Voraussetzung für den individuellen Bildungserfolg der Lernenden. In einer freiheitlichen Gesellschaft werden Werte, also das, was im Zusammenleben gilt und was nicht gilt, ausgehandelt. Haltung entwickeln Menschen in der Begegnung und Auseinandersetzung mit anderen. Der strukturschwächste Raum in dieser Hinsicht sind die sozialen Medien, in denen keine persönliche Begegnung stattfindet. Politische Bildung allein kann das nicht ändern, aber ihre Akteure müssen in den digitalen Welten mitmischen – im Sinne einer „aufsuchenden Bildungsarbeit".

3) **Politische Bildung stärkt die *Urteilskraft* und befähigt zum Handeln in demokratischen Strukturen:** Urteilskraft bildet sich nicht heraus, wenn Menschen als unkritische digitale Analphabeten durch das Internet und besonders die sozialen Medien irren, deren Algorithmen – das hat sich inzwischen herumgesprochen – eher dem Hass und der Hetze die oberen Plätze einräumen. Urteilsfähigkeit entsteht auf der Basis von Werten und erarbeitet sich Haltungen, die zum Handeln führen. Das kann ein Engagement im Verein sein oder eine Kandidatur für den Gemeinderat. Die Zurückhaltung vieler Menschen, die zwar die Vorzüge der Demokratie – Frieden, Rechtsstaatlichkeit, öffentliche Infrastrukturen – durchaus schätzen, sie ansonsten aber als eine Art Dienstleister verstehen, ist ein Problem. Urteilsfähigkeit – Handlungsfähigkeit – Einmischung: Diese Trias wird dringend gebraucht, wenn die Demokratie Bestand haben soll. Politische Bildung kann nicht alles bearbeiten, aber dass Menschen in „abgehängten" Regionen Verantwortung übernehmen, muss zu einem Fokus werden – finanziell, strukturell, konzeptionell.

In diese Trias spielt auch das Thema Emotionen hinein. Emotionen sind in der traditionellen Bildungsdebatte nicht gerade hoch geschätzt, gleichwohl mischen sie stets mit: „Emotionen strukturieren Zugangswege und Ausgangspunkte der Welterschließung", sagt die Bildungsforscherin Anja Besand. Für politische Bildung bedeutet das: Die Grunderzählung der Demokratie muss glaubwürdig und emotional ergreifend weitergegeben werden. Sie muss Lust auf Demokratie, auf Mitmachen und auf Gestaltung der Zukunft erzeugen, mit digitalen, künstlerischen und kreativen Mitteln, mit Erfahrungen, die emotional haften bleiben. Das macht politische Bildungsarbeit dort anziehend und attraktiv, wo sonst Krisennarrative verbreitet werden, die Demokratie untergraben. Wichtig ist es überdies, präzise und verständlich zu sprechen und den bisweilen eingeschliffenen Jargon zu vermeiden. Der öffentlichen Ohnmacht, die Populisten und andere wenig konstruktive Kräfte der Bevölkerung einreden wollen, müssen Erfahrungen der Selbstwirksamkeit entgegengesetzt werden. Das beginnt im kleinen Engagement für die Berufsschulklasse und findet seine politische Form darin, selbst für Funktionen und Ämter zu kandidieren.

Positive Emotionen stellen sich über glaubwürdige Menschen her, die Träger und Einrichtungen politischer Bildung mit den Zielgruppen verbinden. Auch hier ist die gute Bezahlung und die gesellschaftliche Wertschätzung von politischen Bildnerinnen und Bildnern ein Erfolgsfaktor. In strukturschwachen Räumen kommt ihm eine Schlüsselfunktion für die Bildung von Urteilskraft und die Befähigung zum Handeln zu.

All das wirkt nicht sofort und nicht über Nacht und nicht jede politische Bildungsaktivität hat überhaupt Erfolg. Politische Bildungsprozesse brauchen Zeit, engagierte Menschen und politische Aufmerksamkeit, die solche Bildung dauerhaft verlässlich stärkt und fördert. Nur dann kann eine Demokratie erhalten bleiben, die sich alle zu eigen machen in eben diesem Sinne: Demokratie – das sind wir alle. ■

Dr. Ellen Ueberschär ist Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.
Dies ist die gekürzte Fassung eines Beitrages: *Demokratie – das sind wir alle. Sind wir das noch?* in: AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2019

Ines Eifler

Folgen unterdrückter Enttäuschungen

Lukas Rietzschel wurde mit seinem Roman „Mit der Faust in die Welt schlagen“ schlagartig berühmt. Viele lesen ihn als Erklärung für erstarkenden Rechtsextremismus.

Der 24-jährige Lukas Rietzschel hat im September 2018 seinen ersten Roman „Mit der Faust in die Welt schlagen“ veröffentlicht, der die unterdrückte Enttäuschung im ländlichen Raum Ostdeutschlands in den Jahren nach 1990 mit erwachendem und erstarkendem Rechtsextremismus in Verbindung bringt. Der Autor ist selbst im ländlichen Raum in Ostsachsen aufgewachsen und einer der wenigen, die bisher aus der Perspektive der unteren bis mittleren ostdeutschen Mittelschicht heraus einen Roman erzählt haben. In seiner fiktiven Geschichte begleitet er zwei in den 1990ern geborene Brüder über die Jahrtausendwende hinweg bis in die Gegenwart. Er lässt aus Kindern junge Erwachsene werden, in einer Einsamkeit, die aus dem Schweigen der Erwachsenen in der Nachwendezeit resultiert. Die Generationen der Eltern und Großeltern haben die DDR erlebt, wurden von der Wiedervereinigung mitgerissen, ohne aktiv daran mitgewirkt zu haben. Sie fühlen sich vom neuen System überrannt und trotz neuen Wohlstands von der Gesellschaft und vom Staat diffus im Stich gelassen. Rietzschel beschreibt, wie die beiden Brüder Freundschaften knüpfen, dabei fast eher zufällig ins rechtsextreme Milieu geraten und wie ihre Bereitschaft zu fremdenfeindlichen Gewalttaten wächst.

Kurz nach den rechtsextremen Ausschreitungen in Chemnitz 2018 erschienen, traf Rietzschels Roman den Nerv der Stunde. Der junge, im ostsächsischen Görlitz lebende Schriftsteller wurde mit einem Mal berühmt. Zwei Wochen lang stand sein Roman auf der Spiegel-Bestsellerliste unter den ersten Plätzen, gemeinsam mit Romanen von Stephen King und Juli Zeh. Alle großen Medien in Deutschland, auch die Neue Zürcher Zeitung in der Schweiz, berichteten über den Erfolg des Debütromans. In zahlreichen Talkshows war Lukas Rietzschel zu Gast. Noch immer ist er für Lesungen und Diskussionen ausgebucht.

Foto: Gerald von Foris

Lukas Rietzschel ist in der der Nähe von Kamenz in Ostsachsen aufgewachsen, wo auch sein Roman spielt.

Herr Rietzschel, es war gar nicht so einfach, einen Termin bei Ihnen zu bekommen. In den vergangenen Monaten waren Sie in ganz Deutschland mit Lesungen unterwegs, auf der Frankfurter Buchmesse wurde Ihr Roman „Mit der Faust in die Welt schlagen“ gefeiert, in mehreren Talkshows wurden Sie zu den Gründe für Rechtsradikalismus in Ostdeutschland, für das Erstarken der AfD, für die Ausschreitungen in Chemnitz oder brennende Flüchtlingsheime gefragt. Hatten Sie damit gerechnet, dass Ihr im September 2018 veröffentlichter Roman als „Buch der Stunde“ gelten könnte?

Nein, so etwas kann man nicht planen und man kann damit nicht rechnen, zumal das Buch natürlich schon längst fertig war, als Chemnitz Schlagzeilen machte. Aber Pegida bewegt die Menschen schon ein paar Jahre, die geplante Flüchtlingsunterkunft in Bautzen brannte 2016. Der Ullstein-Verlag sah das Thema des Romans und ahnte, dass es Interesse wecken würde. Ich freue mich sehr, dass das Buch so viel Anklang findet, dass die Menschen es annehmen. Und ich finde es gut, dass sie im Moment erfahren können: Aktuelle Themen werden immer noch in Büchern verhandelt.

Sie stammen aus Kamenz in der Oberlausitz, haben in einer Steinmetzschule bei Bautzen Fachabitur gemacht und dann in Kassel Germanistik und Politikwissenschaft studiert. Was war Ihr Anlass, das Buch zu schreiben?

Diese bedrückende, frustrierende Stimmung, das Schweigen zwischen Men- »

» schen, die sich nach der Wiedervereinigung einfach nicht mitgenommen, die sich übergangen fühlten, habe ich in meiner Kindheit und Jugend stark gespürt. Wenn nach 1990 ein Betrieb in Ostdeutschland schloss, in dem vorher Hunderte oder Tausende Menschen gearbeitet hatten, dann verschwanden ja damit auch oft Kultur, Sport und eine gewisse soziale Verantwortung für die Menschen, die ein „Volkseigender Betrieb" in der DDR mit übernommen hatte. Und trotz Förderungen und Unterstützung aus dem Westen wie dem Länderfinanzausgleich fragten sich viele: Was hat die Wende uns gebracht? Warum müssen wir akzeptieren, dass viele Geschäfte schließen, der Bus nicht mehr so oft fährt und manche Orte keine Schule mehr haben? Und was fangen wir mit dem ersten Teil unserer Biografien an? Was in Sachsen los ist, mit Pegida und was dazugehört, wie das von außen wahrgenommen wird und welche Zusammenhänge es zwischen dem Ende der DDR und den rechten Tendenzen gibt, konnte ich erst erkennen, als ich weit weg von zu Hause war. Und erst aus dieser Distanz heraus konnte ich darüber schreiben. In Kassel lebte ich in einer WG ausgerechnet in dem Haus, in dem 2006 das letzte Opfer der rechten Terrororganisation NSU erschossen worden war. Mit dem Blick nach Osten habe ich mich damals gefragt, wie alles zusammenhängt und wie es zu solcher Gewalt überhaupt kommen kann.

Wie viel Autobiografisches steckt in Ihrer Geschichte um die beiden Brüder, die mit der Frustration der Eltern- und Großelterngenration nach der Wende aufwachsen, als Jugendliche mit der Gewalttätigkeit andere Jugendlicher in Kontakt kommen und sich schließlich selbst daran beteiligen?

Das Buch ist nicht autobiografisch, aber ich habe vieles von dem beschrieben, was ich kenne. Auch die Leere, die Jugendliche empfinden können, wenn sie nicht viele Möglichkeiten haben, ihren Horizont zu erweitern, die Fremdenfeindlichkeit aus Unkenntnis und als Ventil. Im Buch ist das natürlich überhöht und zugespitzt dargestellt. Ich habe persönlich erlebt, wie viele Gleichaltrige als Jugendliche ins rechte Milieu gerieten und als wie normal das galt. Es war vielleicht Zufall, dass ich selbst nicht mitgemacht habe.

Der Erzähler in Ihrem Roman bewertet die Handlungen der Jugendlichen nicht, es gibt auch keinen Helden, der sich darüber hinwegsetzt und sich dann „zum Guten" bekehrt. Ist es Ihnen schon mal passiert, dass man alles falsch verstanden hat und dachte, Sie seien pro rechts?

Ich habe das Glück, dass ich öffentlich so viel über mein Buch sprechen kann. So können Missverständnisse nicht aufkommen. Aber es ist richtig: Ich löse das Verhalten der jungen Rechten nicht ins Gute auf. Bewusst nicht, sonst wäre es platt, hätte ein unrealistisches Happy End oder würde als Propaganda verstanden werden.

Sie haben nach der Buchpremiere in Görlitz im September sowohl im Osten als auch im Westen Deutschlands gelesen. Wie waren die Reaktionen der Zuhörer und gab es Unterschiede zwischen Ost und West?

Es gab vor allem zwei Reaktionen. Viele junge Leute aus dem Osten sagten, sie hätten ihre Kindheit und Jugend genauso erlebt und empfunden und seien deshalb von zu Hause weg in die Großstadt gezogen. Die häufigste Reaktion aus dem Westen war: Das wussten wir so gar nicht. Leute aus dem Ruhrgebiet sagten, den Strukturwandel durch das Ende der Kohle, wie er in der Lausitz stattfindet, hätten sie auch erlebt. Aber sie fragten sich, wieso es politisch im Osten so ganz anders verlaufe. Besonders schön fand ich Reaktionen wie die einer 23-Jährigen aus Halle, die sagte, sie habe jetzt richtig Lust, sich für Demokratie und Beteiligung zu engagieren.

Sind Sie bei den Veranstaltungen in die Situation geraten, Ostdeutschland oder die DDR erklären zu müssen?

Ich werde manchmal gefragt, warum die DDR selbst in meinem Roman nicht auftaucht, warum die Vergangenheit nicht miterzählt wird und ob ein Leser, der nicht in der DDR gelebt hat, verstehen könne, worum es geht. Andere schauen mich mit großen Augen an und erwarten, dass ich Ihnen die DDR erkläre. Das Interesse, dieses Land zu verstehen, ist in Westdeutschland sehr groß, zumindest beim Publikum meiner Lesungen. Aber ich bin nun erst 1994 geboren und habe die DDR genauso wenig erlebt wie die Menschen im Westen. Ich möchte den echten Zeitzeugen auch nicht ihre eigene Vergangenheit erzählen, sondern kann nur die Schatten beschreiben, die sie in die Zeit geworfen hat, in der ich großgeworden bin.

Haben Sie das Gefühl, das Ostdeutschland von außen als generell rechts gesehen wird? Und gelingt es Ihnen, dieses Klischee etwas aufzubrechen?

Diese Sicht haben viele. Ereignisse wie Chemnitz sind in den Medien ja auch sehr präsent und wirken stärker als die Aktivitäten für ein friedliches, tolerantes Zusammenleben. Von dem, was ich an Demokratie und Engagement in Sachsen erlebe, berichte ich deshalb bei meinen Lesungen und Interviews auch ganz bewusst. Auf diese Weise mache ich deutlich, dass es vor allem ein Bild ist, das die Welt draußen von Ostdeutschland hat. Und dass man in Wahrheit alles differenziert betrachten muss.

Sie haben auch in Bautzen und in Kamenz gelesen, wo Sie ja herkommen. Wie ist man Ihnen dort begegnet?

Ich hatte insgesamt schon etwas Angst, ob ich als Nestbeschmutzer dastehen würde. Bei der Buchpremiere in Görlitz war ich schon aufgeregt, aber dann sehr erleichtert darüber, wie viel Wohlwollen mir entgegenkam. Ich habe gemerkt, dass mir die Menschen auch dort gewogen sind, wo ich aufgewachsen bin. Bevor das Buch veröffentlicht wurde, hatte ich es meiner Familie zum Lesen gegeben, um zu wissen, ob ich alles so schreiben kann. Sie waren alle dafür und sehr stolz. Ich denke, das trifft auch auf einen größeren Kreis an Menschen zu. Es ist ja ungewöhnlich, dass ein Roman aus dieser Region kommt. Und er trägt dazu bei, dass man die Deutungshoheit über den Osten nicht mehr nur dem Westen überlässt. Bisher haben vor allem Spielfilme nach dem Opfer-Täter-Schema den Osten erklärt, und viele halten dieses Bild für realistisch. Die Veranstaltungen in der Lausitz waren also eher ein Heimspiel für mich.

Sie leben zwar nicht wieder in Kamenz, sind aber nach Görlitz an der

polnischen Grenze gezogen. Warum ist die Stadt ein guter Ort für Sie?

Ich fand Görlitz von Anfang an sehr lebenswert. Nicht nur wegen der schönen Altstadt mit den vielen erhaltenen Renaissancegebäuden, sondern weil es trotz Überalterung und Wegzug hier viele sehr aktive Menschen gibt, die etwas bewegen möchten, über die Dinge diskutieren, die ihnen wichtig sind, und artikulieren, wie sie leben möchten. Das macht die Stadt sehr lebendig und zukunftstauglich. Bürgerräte etwa sind ein großartiges Beispiel dafür, wie sich Menschen ganz konkret und direkt einbringen und Veränderungen anstoßen. Ich sehe mich dabei in der Rolle des Schriftstellers, des Beobachters, der kreativ verarbeitet, was er erlebt, und mache mich trotzdem für Demokratie und für Beteiligung stark, soweit ich das kann.

Sie haben jetzt ein halbes Jahr Lesereisen hinter sich. Werden Sie bald einen zweiten Roman schreiben?

Zunächst bin ich bis Mai mit Lesungen und Veranstaltungen ausgebucht, es kommen immer noch neue Termine hinzu. Einen zweiten Roman möchte ich gern schreiben, habe aber nach dem Erfolg des ersten auch Respekt davor, weil ich nicht sicher bin, ob die Menschen das Buch literarisch gut finden oder den Medien nur das Thema gerade passte. Und ich frage mich natürlich: Muss ich jetzt immer weiter über Rechtsradikalismus in Ostdeutschland schreiben? Erwarten das die Leser? Im Sommer werde ich wieder Zeit haben, kreativ zu sein, dann kann ich mehr dazu sagen. ■

Ines Eifler ist freie Journalistin in Görlitz und arbeitet als Lektorin unter anderem für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

■ **Buchinformation:**

Lukas Rietzschel
Mit der Faust in die Welt schlagen.

Ullstein, Berlin 2018
Broschüre, 94 Seiten
ISBN 978-3-550-05066-4 • 20,00 €

DER BLOG
demokratiegeschichten.de

Gefördert vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

Alexander Kitterer

Verein(t) für Demokratie

Gemeinsam wandern gehen, Fußball spielen im Verein, als Kamerad/-in in der Feuerwehr engagiert sein – das funktioniert (noch?) in Dörfern und Kleinstädten. Teamgeist und Zusammenhalt sind in den Vereinen wichtige Werte. Mit dem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe" (Z:T) wird diese Vereinsarbeit gefördert, um die demokratische Praxis vor Ort zu stärken.

Über 14 Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden und Organisationen. Ihr Einsatz für den Verein ist auch ein Einsatz für die Gesellschaft: Denn dort, wo sich Menschen unterschiedlichster Hintergründe und Herkunft treffen, wo sie sich austauschen und gemeinsam etwas gestalten können, wird demokratische Teilhabe möglich. Wo Menschen spüren, dass sie selbst wirksam werden können, da wird Demokratie fühlbar. In ländlichen und strukturschwachen Regionen kann es eine besondere Herausforderung sein, ein aktives und vielfältiges Vereinsleben aufrechtzuerhalten. Oft fehlt es an Menschen, die bereit sind, das zeitintensive Ehrenamt zu übernehmen. Die wenigen Engagierten sollen immer mehr Aufgaben im Gemeinwesen übernehmen. Dabei ist der Bedarf an bürgerschaftlichem Engagement gerade in diesen Regionen sehr hoch. Viele Einwohner/-innen fühlen sich abgehängt, nicht von der Politik repräsentiert und sie leiden unter fehlenden Möglichkeiten für Bildung und Daseinsfürsorge. Durch die geringere Dichte an zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren gibt es auf dem Land oft weniger Pluralität und Meinungsvielfalt.

Als das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe" 2010 vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gestartet wurde, war deshalb klar, dass es neue Partner und Zielgruppen für die Demokratiestärkung in ländlichen und strukturschwachen Regionen braucht. Gezielt wurden Vereine und Organisationen angesprochen, die „auf dem Land" noch vertreten sind: kirchliche Einrichtungen, Wohlfahrtsverbände, Natur- und Heimatvereine, Sportverbände, Feuerwehren und andere Gliederungen des Katastrophenschutzes.

Dabei treiben die Verbände und Vereine zahlreiche Fragen um: Wie kann es gelingen, neue Zielgruppen für den Verein anzusprechen und so neue Ideen und frischen Wind zu bekommen? Und wie können sich engagierte Vereine auch bei kommunalpolitischen oder gesellschaftlichen Debatten aktiv einbringen? Diese Fragen sind eng damit verknüpft, wie weit die „alten Hasen" im Verein bereit sind, Veränderungen, Teilhabe und Mitsprache zu ermöglichen. Denn man muss nicht das Schlagwort „Ehrenamt 4.0" bemühen, um nachvollziehen zu können, dass sich die Bereitschaft zum Engagement, aber auch dessen Formen verändern. Wo Neues entstehen soll, muss mitunter Altes weichen. Wer Nachwuchs für Gremienarbeit gewinnen möchte, muss auch Macht und Verantwortung teilen können. Auch lohnt es sich, die eigenen Vereinsstrukturen, die Kommunikationsstruktur, informellen Regeln und Veranstaltungsformate kritisch zu hinterfragen: Werden ungewollt oder unbewusst bestimmte Gruppen von Menschen ausgeschlossen? Wie wird mit Konflikten oder eventuell sogar ausgrenzenden Tendenzen umgegangen? Was hindert ältere, jüngere, hinzugezogene, alteingesessene Bürgerinnen und Bürger daran, bei uns mitzumachen? Und wie können wir durch die Ansprache und neuen Angebote solche einladen, die bisher immer durch unser „Raster" fielen? Das geht im Zweifel nicht ohne die Bereitschaft, auch unterschiedliche Auffassungen und Ideen zu diskutieren und das Mantra „Das haben wir schon immer so gemacht!" zu den Akten zu legen. Vielleicht sind es veränderte Uhrzeiten, ungewöhnliche Veranstaltungsorte oder anders gestaltete Flyer, die bereits positive Veränderungen anstoßen können.

Insofern bieten die Förderprojekte von „Zusammenhalt durch Teilhabe" im besten Sinne ein Experimentierfeld für demokratisches Miteinander. Wie viel Mitsprache lassen Strukturen zu? Wo gerät diese an Grenzen? Wie gehen die Mit-

glieder mit Konflikten, Ausgrenzung oder Diskriminierung um? Spannend ist es, wenn die geförderten Projekte es schaffen, in Vereinen und Verbänden Diskussionen über das eigene Verständnis von Demokratie anzustoßen. Dabei helfen die ausgebildeten Demokratieförderer/-innen, Ehrenamtslots/-innen oder „Stärkenberater/-innen", die Vereine zu qualifizieren. Sie beraten Menschen vor Ort in Fragen der Teilhabe, bei Konflikten und diskriminierenden Vorfällen. Sie bringen aber auch gute Ideen mit, wie die Aktivitäten vor Ort so gestaltet werden können, dass sich Menschen neu für das Vereinsleben interessieren und engagieren, sodass „gelebte Demokratie" keine bloße Phrase bleibt. Viele kleine Denkanstöße verändern Verbands- und Vereinskultur und zeigen innovative und niedrigschwellige Wege auf, sich mit Demokratie auseinanderzusetzen.

Dass dabei Hürden zu überwinden sind, versteht sich von selbst. Nicht jedem Mitglied leuchtet sofort ein, dass der eigene Verein auch eine gesellschaftspolitische Rolle spielt. Doch Vereine, die ihre Werte – Fairness, Respekt, Kameradschaftlichkeit, Gemeinschaftssinn usw. – auch über ihre Vereinsgrenzen hinaus leben, strahlen positiv auf ihr Gemeinwesen aus.

Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe" eröffnet den Verbänden und Vereinen mit seinen unterschiedlichen Programmbereichen die Chance, diese Prozesse in kreativer und vielfältiger Weise anzustoßen und zu gestalten. Mit ihren Projekten haben sie sowohl die Möglichkeit, sich selbst weiterzuentwickeln, als auch Potenziale zu entdecken und freizulegen, die eine demokratische und offene Gesellschaft dringend benötigen. ■

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wird mit dem Projekt: „Haltung zeigen! Aber wie? Demokratische Kompetenz für eine engagierte Zivilgesellschaft" vom Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe" gefördert.
Mehr Infos im Netz:
www.haltungzeigen.info

Alexander Kitterer ist Referent in der Regiestelle des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe".

Nele Marie Lucks

Ländliche Erwachsenenbildung in Niedersachsen – was bedeutet hier politische Bildung?

Es gibt nicht den *einen* ländlichen Raum. Jede Region, jedes Dorf hat Eigenheiten und Unterschiede und somit auch verschiedene Bedarfe und Themen. Um politische Bildung im ländlichen Raum anzubieten, orientieren wir uns an den Interessen der Menschen vor Ort. Dies bedeutet, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, ihre Ängste und Sorgen wahrzunehmen. Gemeinsam erkennen und bearbeiten wir Problemlagen viel besser und setzen Ideen gezielter um. Die Aufgaben im ländlichen Raum unterscheiden sich häufig von denen im städtischen Kontext. So ist besonders die Frage des demografischen Wandels im ländlichen Raum von hoher Brisanz. Wichtig ist es den Menschen vor Ort zudem, Nachwuchs für ihre Gruppen und Vereine zu finden. Hieraus ergibt sich die Frage, wie man zivilgesellschaftliches Engagement stärken und erhalten kann. Die Zusammenarbeit und das Leben zwischen Jung und Alt ist im ländlichen Raum prägend und von hoher Relevanz.

Arbeitsmaterialien für die Ausbildung von Demokratieberater*innen.

Foto: LEB in Niedersachsen e.V.

Vor welchen Herausforderungen stehen wir?

Wir stehen vor der Aufgabe, die Verbindung in den Köpfen zu schaffen, dass politische Bildung und Bundesprogramme wie „Zusammenhalt durch Teilhabe" die Menschen vor Ort mit ihren Problemlagen unterstützen können. Menschen ein Bewusstsein dafür zu verschaffen, was politische Bildung genau bedeutet, was sie umfasst und wo diese ansetzen kann, sehen wir als ein großes Potenzial, »

Foto: LEB in Niedersachsen e.V.

Strategieplanung im Rahmen der Qualifizierung von Demokratieberater*innen.

» um Partizipation zu fördern. Die Herausforderung liegt eindeutig darin, die Menschen für gesellschaftspolitische Themen zu sensibilisieren und trotz einer gewissen Politikverdrossenheit zu versuchen, bei ihnen Lust und Freude an politischer Bildung zu wecken. Den Menschen vor Ort Themen und Formate anzubieten, die sich in ihrer Lebenswelt bewegen und Verbindungen zwischen Alltag und politischer Bildung herstellen, ist unser Anliegen.

Wie arbeiten wir?

Einerseits versuchen wir, mit den Menschen im ländlichen Raum gemeinsam politische Bildung zu gestalten. Wir sehen eine große Chance darin, in den Austausch zu kommen und somit bedarfsgerechte Angebote zu initiieren. Wir binden Menschen aktiv in unsere Arbeit ein, die sich ehrenamtlich engagieren und oftmals in ihrer Region gut vernetzt sind. Hier sehen wir die größten Chancen, viele Menschen mit unserer Arbeit zu erreichen und nicht an ihnen vorbei zu wirken. Der Fokus liegt klar auf der Stärkung und Weiterentwicklung vorhandener zivilgesellschaftlicher Strukturen. Andererseits sehen wir uns als Impulsgeber*innen für Themen und Betätigungsfelder. Wir machen Mut, sich auch einmal mit Themen auseinanderzusetzen, die eher als unangenehm oder belastend empfunden werden. Hilfreich kann es sein, Einzelne mit Institutionen oder Organisationen zusammenzuführen, damit sie gemeinsam an einem Thema arbeiten können. Über allem steht eine wertschätzende Haltung den Menschen gegenüber, die sich auf das Themenfeld der politischen Bildung einlassen möchten und dies oftmals auch noch ehrenamtlich tun. Wir arbeiten immer unterstützend und nicht „von oben herab".

Was funktioniert gut – was weniger gut?

Politische Bildung funktioniert gut, wenn genug Zeit für den Austausch mit den Menschen vor Ort ist, um mit ihnen gemeinsam Themen und Formate zu entwickeln, die ihrem Bedarf und ihrer Lebenswelt entsprechen. Es ist wichtig, sie aktiv einzubinden, somit eine Akzeptanz und Interesse für politische Themen zu schaffen und ihnen daraus Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Die stumpfe Übertragung von Themen und Problemlagen aus dem städtischen Kontext auf die ländlichen Regionen und Räume funktioniert hingegen nicht.

Welche Perspektiven sehen wir in unserer Arbeit?

Wir sehen verschiedene Themenschwerpunkte auf uns zukommen. Der Umgang mit Rechtsextremismus und Diskriminierung ist unserer Ansicht nach tief in der politischen Bildung verankert und durch den öffentlichen politischen Diskurs leider aktueller denn je. Auseinandersetzung, Aufklärung und Sensibilisierung sind unumgänglich und zwingend notwendig für die Schaffung eines Bewusstseins dafür, dass Rechtsextremismus wieder verstärkt in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft" angekommen ist. Durch die AfD ist das rechte Gedankengut wieder salonfähig geworden und die Politikverdrossenheit im Allgemeinen ersichtlich. Es ist und bleibt unsere Aufgabe, genau dagegen zu arbeiten. Es ist uns wichtig, uns öffentlich gegen rechte Gesinnungen zu positionieren.

Für unser Projekt „Was uns bewegt" haben wir uns mit Menschen, die auf dem Land wohnen, zusammengesetzt und besprochen, welche Themen sie bewegen. Deutlich wurde der Wunsch nach einer Auseinandersetzung mit den Themen Umweltschutz und Nachhaltigkeit. Der Fokus solle sich auf das Individuum richten: „Was kann ich im Einzelnen zum Schutz der Umwelt und der Natur beitragen?" Die Förderung der Artenvielfalt, die Vermeidung von Plastikmüll und der faire Umgang mit Kleidung wird nun hierbei in den Blick genommen.

Natürlich ist die Frage der Mobilität auf dem Land, der oft gering ausgebaute öffentliche Nahverkehr und der Nachwuchsmangel für Gruppen und Vereine von großer Bedeutung. Diese Themen werden uns in unserer Arbeit zur Ländlichen Erwachsenenbildung weiterhin beschäftigen. ■

Nele Marie Lucks arbeitet bei der Ländlichen Erwachsenenbildung LEB Niedersachsen, die vom Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe" des Bundesministeriums des Innern gefördert wird.

Friedemann Brause

Ganz weit draußen?

Die Aktion Zivilcourage e. V. arbeitet mit jungen Menschen in der Sächsischen Schweiz und stellt sich die Frage: Braucht der ländliche Raum eine andere politische Bildung als Städte?

„Ich verstehe nun besser, warum manche Dinge sich nicht sofort umsetzen lassen. Und ich fand gut, dass uns zugehört wurde", sagte eine Schülerin aus der 9. Klasse des Goethe-Gymnasiums Sebnitz. Gerade hatte sie mit dem Oberbürgermeister der Kleinstadt in der Sächsischen Schweiz über den Breitbandausbau und den öffentlichen Nahverkehr diskutiert. Diese Debatte war Teil einer Workshopreihe zur Kommunalpolitik, die in den Wochen vorher stattfand. Politische Bildungsarbeit im ländlichen Raum heißt eben auch, ganz konkret zu werden.

Seit 2015 arbeitet das Projekt „Hier. Bewegen. Wir!" des Vereins Aktion Zivilcourage in Sebnitz und Neustadt in Sachsen. Die Kleinstädte haben etwa 10.000 bzw. 12.000 Einwohner/innen und liegen in der ländlich geprägten Nationalparkregion Sächsische Schweiz. Ziel des Projekts ist es, die demokratischen Kompetenzen junger Menschen und Multiplikator/innen weiterzuentwickeln und damit die Beteiligung Jugendlicher zu fördern. Ein Mitarbeiter und eine Mitarbeiterin begleiten Beteiligungsprojekte von Jugendlichen, geben Workshops und arbeiten mit kommunalen Verantwortungsträger/innen und Fachkräften der Jugendhilfe zusammen.

Ist das Land anders?

Der ländliche Raum hat spezifische Bedingungen, die den Rahmen dafür setzen, wie politische Bildungsarbeit gestaltet werden kann. Schlaglichtartig seien folgende Beobachtungen genannt:
Infrastrukturell bestehen große Unterschiede zwischen Stadt und Land. In den Kleinstädten und Dörfern mangelt es abseits von Fußballvereinen und Jugendfeuerwehr besonders an Freizeitangeboten für Jugendliche. Der öffentliche Nahverkehr außerhalb der Hauptverkehrszeiten ist oft ungenügend.

Zentrale Themen der politischen Bildung werden für die Menschen im ländlichen Raum anders sichtbar als in der Stadt, zum Beispiel in der Migrationsdebatte: In den sächsischen Großstädten liegt der Anteil von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bei bis zu neun Prozent. Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge verzeichnete das Statistische Landesamt 2018 nur etwa 2,5 Prozent. Für viele Schüler/innen bot erst der Zuzug von Geflüchteten ab 2015 Anlass, sich im Alltag mit Migration, etwa mit ausländischen Mitschüler/innen, bewusst auseinanderzusetzen.

Themen wie Nachhaltigkeit, Menschenrechte, Interkulturalität oder demokratische Mitbestimmung erscheinen den Teilnehmenden oft nicht wie natürliche Teile ihres Alltags, sondern müssen in der Bildungsarbeit auf die Zusammenhänge vor Ort „übersetzt" werden.

Viele Bildungsträger sind im ländlichen Raum nicht präsent. Dadurch fehlt es Schulen oft an konstanten Ansprechpartnern im Bereich der politischen Bildung.

Was heißt das für die politische Bildung?

Zwei zentrale Erkenntnisse hat das Projektteam „Hier. Bewegen. Wir!" gesammelt:

1. Gerade im ländlichen Raum ist es wichtig, langfristige und vertrauensvolle Kooperationen aufzubauen und mit hoher persönlicher Verlässlichkeit zu agieren. Bildungsarbeit gelingt, wenn die Mitarbeiter/innen die Lage vor Ort kennen und die Angebote auf diese Bedürfnisse zuschneiden.

2. Der Bildungsbegriff muss sowohl kognitives Wissen als auch das Erfahrungslernen und die Vermittlung demokratischer Kompetenzen umfassen. Besonders Jugendliche sollen selbst erfahren, wie sie Entscheidungsprozesse demokratisch gestalten und sich lokal engagieren können.

Beispiel 1: Langfristige Begleitung von Schülervertretungen

An einer Schule zur Lernförderung in der Region begleitete das Team über mehr als ein Jahr die Schülervertretung. Ausgangspunkt war ein klassischer bildungsorientierter Workshop, bei dem die Schüler/innen ihre Mitwirkungsrechte an der Schule kennenlernten. Die Schülervertretung öffnete danach ihre Sitzungen für das Projektteam. Durch diese Begleitung traten weitere Anliegen zu Tage. Unter anderem gestaltete das Team mit den Schüler/innen einen dreitägigen Theater-Workshop zum Thema Mobbing. Aktuell sind die Schüler/innen mit der Gemeindeverwaltung im Gespräch, ob sie das Bushäuschen vor der Schule mit Graffiti gestalten können. Auch das Lehrkollegium der Schule ließ sich durch das Projekt zu Schulklima und Mitwirkung weiterbilden.

Die rein kognitiven Vermittlungsformen erwiesen sich in der Lernförderschule als wenig hilfreich. Wesentlich größere Wirkung erreichten die Projektmitarbeiter/innen, als sie abstrakte Begriffe wie Zivilcourage, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder Mobbing an den konkreten Alltagserfahrungen der Schüler/innen illustrierten und einen langfristigen Entwicklungsprozess mit der Gruppe starteten. Der Schlüssel zum Erfolg war, dass der Mitarbeiter und die Mitarbeiterin dauerhaft vor Ort auf kurzem Wege ansprechbar waren. Schüler/innen und pädagogische Fachkräfte suchten sie auch zwischen den Maßnahmen für Beratungen auf.

Beispiel 2: Aus Jugendideenkonferenzen werden kommunalpolitische Workshops

Das Projektteam führte mehrere Jugendideenkonferenzen durch. Diese fanden in der Freizeit statt. Jugendliche äußerten dort ihre Anliegen und diskutierten, wie sich lokale Probleme lösen lassen könnten. Zwar gab es Erfolgserlebnisse, »

Foto: Aktion Zivilcourage

Schüler/innen der 9. Klasse des Goethe-Gymnasiums in Sebnitz stellten der Stadtverwaltung ihre Ideen und Anliegen vor.

» insgesamt blieb die Resonanz aber hinter den Erwartungen zurück.

Daraufhin entwickelte das Team eine methodische Mischung in Form von „Workshops Kommunalpolitik". Es bildete alle 9. Klassen des örtlichen Gymnasiums in jeweils zwei Einheiten darin weiter, wie eine Kommune funktioniert und welche Mitwirkungsrechte Jugendliche haben. Nach diesen Workshops diskutierte eine Delegation der Schüler/innen die geäußerten Anliegen direkt im Rathaus mit der Stadtverwaltung.

Die Workshops Kommunalpolitik bestätigten damit mehrere Erkenntnisse:

- Wegen der schwierigen Mobilität auf dem Land bot es sich an, die Schule als Ort zu nutzen, um Jugendliche zu erreichen. Dadurch erhöhte sich auch die Repräsentativität der gesammelten Anliegen.
- Wie eine Demokratie funktioniert, lernten die Schüler/innen durch ihre eigenen Erfahrungen und nicht nur auf theoretischer Ebene kennen.
- Die Jugendlichen arbeiteten auch nach den Workshops freiwillig an den Themen weiter. Damit trugen sie zu einer lebendigeren Beteiligungskultur in der Gemeinde bei.

Im ländlichen Raum zählt, noch stärker als in der Stadt, der persönliche Kontakt. Fachkräfte in der politischen Bildung sollten sich auch als Gemeinwesenakteure verstehen und sich mit ihrer Arbeit im demokratischen Zusammenleben vor Ort einbringen. Vor allem sind langfristige Kooperationen und verlässliche Ansprechpartner/-innen nötig. Braucht es eine völlig andere politische Bildung für den ländlichen Raum als für die Städte? Nein, aber eine richtig gute! ■

SACHSEN

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz". Die Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Der Text stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Der Verein Aktion Zivilcourage

Die Aktion Zivilcourage e. V. arbeitet seit 20 Jahren in Sachsen und speziell der Sächsischen Schweiz für das demokratische Zusammenleben.

War der Verein anfangs vor allem eine Reaktion auf die rechtsextremen Umtriebe in der Region, hat sich der Zuschnitt der Arbeit inzwischen deutlich erweitert. Die 21 Mitarbeiter/innen bieten Workshops für Kinder ab drei Jahren, Schüler/innen und junge Erwachsene an. Ebenso bildet die Aktion Zivilcourage e. V. pädagogische Fachkräfte fort, vernetzt kommunalpolitische Akteure und Ehrenamtliche und führt sachsenweite Bürgerdialoge in kleinen und großen Gemeinden durch. Die Vereine Aktion Zivilcourage und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sind gegenseitige Mitglieder.

www.aktion-zivilcourage.de

Gefördert vom

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Friedemann Brause ist Referent im Projekt „Hier. Bewegen. Wir!" der Aktion Zivilcourage e. V.

Bernd Faulenbach

Was auf dem Spiel steht – zur historischen Dimension der europäischen Krise

Am 26. Mai wählen wir ein neues europäisches Parlament – vor dem Hintergrund einer veritablen europäischen Krise, zu deren Charakterisierung ein paar Stichworte reichen: der Brexit, der Europa ökonomisch schaden und die politischen Gewichte verschieben wird; das Anwachsen zentrifugaler offen nationalistischer, antieuropäischer populistischer Tendenzen in den meisten europäischen Ländern; die Etablierung von Regimen in verschiedenen europäischen Ländern, die die europäischen Werte infrage stellen; die Unfähigkeit der Staaten der Europäischen Union, sich in wichtigen Fragen wie der Zuwanderung von Flüchtlingen zu verständigen.

In dieser Situation erscheint es dringlich, die gegenwärtige Krise in eine historische Dimension zu rücken. Gerade Gegen Vergessen – Für Demokratie scheint dazu aufgerufen. Anlass kann die 100. Wiederkehr des Abschlusses des Versailler Vertrags im Jahre 1919 sein, der zusammen mit den anderen Pariser Vorortverträgen eine neue Ordnung in Europa institutionalisieren sollte. Zu konstatieren ist jedoch, dass Europa nicht wirklich befriedet wurde, sondern 20 Jahre später der Zweite Weltkrieg ausbrach, dessen Folgen – samt der in seinem Kontext verübten einzigartigen Verbrechen – bis heute nachwirken. Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten die Europäer daraus zu lernen, doch erscheint manches Erreichte heute gefährdet.

Der überforderte Frieden

Als „überforderten Frieden" hat der Freiburger Historiker Jörn Leonhard in seinem epochalen Werk den Versailler Vertrag und seine Folgen bezeichnet. In der Tat gelang es nicht, eine überzeugende neue Ordnung zu entwickeln und die Welt zu pazifizieren.

Zweifellos war der Weg von 1919 nach 1939, vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg keineswegs determiniert. Selbstverständlich gab es alternative Möglichkeiten. Und doch ist nach den Kräften und Tendenzen zu fragen, die damals Europa und die Welt erneut in den Abgrund rissen.

Hatte der Nationalismus schon vor dem Ersten Weltkrieg die internationalen Beziehungen belastet und das Klima begünstigt, in dem er ausbrach, so wirkte zweifellos der Krieg mit seinem millionenfachen Tod stimulierend für einen Nationalismus,

Jörn Leonhard, *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923*, München 2018

der sich weiter ethnisierte, was die Friedensverhandlungen erheblich erschwerte. Das mehrdeutige nationale Selbstbestimmungsrecht („self-determination"), das vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson zum leitenden Prinzip der Neuordnung erhoben wurde, enthielt zwar eine demokratische Komponente – tatsächlich setzte sich zunächst nach Abklingen der revolutionären Phase weithin der demokratische Parlamentarismus durch. Doch durch die Ethnisierung und Forcierung von Nationalitätenauseinandersetzungen wurden zahlreiche Konflikte in Ostmittel- und Südosteuropa geradezu unlösbar. Die anstelle der bisherigen Großreiche entstehenden Nationalstaaten waren ihrerseits wieder Nationalitätenstaaten; trotz des Minderheitenschutzes, den der Völkerbund zum Prinzip erhob, blieben vielfach das Verhältnis der Nationalitäten wie auch die Grenzen umstritten. In den harten Friedensbestimmungen, die den Verliererstaaten auferlegt wurden, spiegelte sich das fortdauernde tiefe Misstrauen gegen den Kriegsgegner, der nicht nur für den Krieg Reparationen zahlen, sondern auch nachdrücklich geschwächt werden sollte. Erst nach einigen Jahren differenzierten sich die Interessenlagen der Alliierten und begannen sich auch in Frankreich Kräfte zu artikulieren, die eine Verständigungspolitik mit dem Deutschen Reich ermöglichten (Briand – Stresemann u. a.). Doch blieb ein eng gefasstes nationales Interesse leitend. Auch wenn die SPD 1925 in ihrem Heidelberger Programm die Vereinigten Staaten von Europa forderte und sich bereits eine paneuropäische Bewegung bildete, war eine europäische Orientierung doch noch kein bestimmender Faktor der politischen Kultur.

Die Folgen des Krieges bildeten schwere Hypotheken für die neu entstandenen Demokratien, vor allem in den Ländern, die den Krieg verloren hatten: „Wo die Demokratie das Erbe des Weltkrieges angetreten hat", schreibt Leonhard, „wird sie mit der Verantwortung für die Folgen belastet", was insbesondere für die deutsche Demokratie gilt. Es sei nur an die Dolchstoßlegende erinnert, nach der Sozialdemokraten und revolutionäre Kräfte angeblich die Niederlage herbeigeführt hatten.

Zu den Faktoren, die eine Entwicklung der neuen Demokratien behinderten und in der Mehrzahl der Fälle zu ihrem Scheitern in der Zwischenkriegszeit führten, zählten neben erheblichen sozialen Problemen »

Quelle: Imperial War Museum London/wikipedia

Gemälde (Ausschnitt) von William Orpen über die Vertragsunterzeichnung von Versailles.

» und vordemokratischen Haltungen insbesondere in agrarisch bestimmten Gesellschaften ein virulenter, in die Demokratie nicht integrierbarer Nationalismus. Dieser war häufig verbunden mit Antisemitismus, Illiberalismus und Antiparlamentarismus, also dem Bestreben, zu autoritären Ordnungen zurückzukehren oder neue Ordnungen mit totalitärem Anspruch zu schaffen.

Das keineswegs zwangsläufige Scheitern der Weimarer Republik in Deutschland hatte in vielen Ländern Europas seine Parallele; singulär war jedoch das System, das in Deutschland an seine Stelle trat: Hitler und der Nationalsozialismus wollten von Anfang an nicht nur das System von Versailles korrigieren – in diesem Ziel konnte sich das NS-Regime auf breite Zustimmung stützen –, sie wollten eine weit darüber hinausgehende Hegemonie auf rassistischer Basis mit Gewaltmitteln errichten, die auf einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg hinausliefen. Der Zweite Weltkrieg, dessen Ausbruch von Hitler gewollt war und der keineswegs als zwangsläufige Konsequenz der Versailler Friedensordnung zu betrachten ist, endete nicht nur im Untergang des Reiches, sondern auch in der nachhaltigen Erschütterung der Rolle Europas in der Welt. Dazu trugen auch die europäische Teilung und der Kalte Krieg bei, die freilich auf längere Sicht für Europa auch Chancen enthielten.

Lernen aus der Geschichte

Der Ost-West-Gegensatz hat in den verschiedenen Phasen in unterschiedlicher Weise die europäische Politik geprägt, mit tiefgreifenden Folgen für die Menschen, auch zeitweilig gewaltigen Gefahren. Zugleich hat er jedoch ein Stück weit den Nationalismus in Europa domestiziert. Vor allem im Westen wurde aus der Geschichte gelernt durch den europäischen Integrationsprozess, der das Verhältnis europäischer Länder untereinander neu definierte – durch die Montanunion, Euratom, die EWG, aus denen EG und Europäische Union sich entwickelten. Indem die Staaten – zunächst Frankreich, Italien, Bundesrepublik und Benelux – in wichtigen Fragen, insbesondere in wirtschaftlichen Fragen, eng zusammenarbeiteten, wurden die nationalen Gegensätze eingehegt und Gemeinsamkeiten entwickelt, die allen Mitgliedstaaten zugutekamen. Gewiss waren am Anfang, gerade auch von französischer Seite, die damit ihre Grundhaltung nach dem Ersten Weltkrieg definitiv überwand, die Einbindung Deutschlands und auch dessen Kontrolle wichtige Motive. Doch jetzt traten dauerhaft gemeinsame Interessen und Werthorizonte in den Vordergrund, die den europäischen Mitgliedstaaten trotz mancher Krisen und Rückschläge eine beispiellose Epoche der Prosperität und des Friedens gebracht haben. Dabei wuchsen nicht nur Intensität und Breite der Zusammenarbeit, sondern auch die Europäische Gemeinschaft, der in den 1970er und 1980er Jahren Großbritannien, Irland, Dänemark, Griechenland und die Länder der Iberischen Halbinsel beitraten.

Bemerkenswerterweise führte die Entspannungspolitik, vorangebracht vor allem durch die „Neue deutsche Ostpolitik", dazu, dass auch der gesamteuropäische Zusammenhang als Aufgabe der deutschen und westlichen Politik begriffen wurde, was unter anderem im KSZE-Prozess seinen Ausdruck fand. Schrittweise reduzierte sich, zumal in der Ära Gorbatschow, die Distanz zwischen Ost- und Westeuropa, was Voraussetzungen für den Abbau des Ost-West-Gegensatzes schuf.

In der großen Epochenwende der Jahre 1989 bis 1991 wurde das Ende der kommunistischen Systeme, die ökonomisch in die Krise geraten und von Reform- und Volksbewegungen überwunden wurden, in Ostmittel- und Südosteuropa als „Rückkehr nach Europa" begriffen. So war es verständlich, dass die Europäische Union sich trotz der dringlichen Notwendigkeit ihrer inneren Weiterentwicklung für die Länder dieses Raumes öffnete. Sie wurden nach der Jahrtausendwende, großenteils ab 2004 Mitglieder der Europäischen Union. Während der 1990er Jahre waren schon bislang „neutrale Länder" wie Österreich, Schweden und Finnland beigetreten.

Obgleich mit dem sehr raschen Wachsen die Heterogenität der Europäischen Union zunahm, wurde der Erweiterungsprozess, dem partiell (durch Schaffung einer gemeinsamen Währung) auch ein Vertiefungsprozess entsprach, überwiegend als Fortschritt gesehen. Allerdings scheiterte der Prozess einer europäischen Verfassungsgebung. Auch war nicht zu übersehen, dass partiell der Nationalismus zurückkehrte, nicht zuletzt in Osteuropa, wo nachgeholte Nationsbildungsprozesse in einigen Ländern den Integrationsprozess nach dem Vorbild der bisherigen EU-Länder erschwerten. Doch überwogen lange Zeit die positiven Aspekte, was sich erst in den letzten Jahren verändert hat.

Zur gegenwärtigen Situation

Vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte ist die gegenwärtige Situation besorgniserregend. Der Brexit, das Ausscheiden Großbritanniens, der zweitgrößten Volkswirtschaft und bedeutenden Macht mit großer Geschichte ist zweifellos ein schwerer Rückschlag. Doch auch die häufig nicht nur europakritisch, sondern antieuropäisch orientierten populistischen Bewegungen machen der EU zu schaffen und könnten bei den Europawahlen im »

Quelle: Bundesarchiv/wikipedia

Bundeskanzler Konrad Adenauer, Staatssekretär Walter Hallstein und der italienische Ministerpräsident Antonio Segni bei Unterzeichnung der Römischen Verträge.

Mai zu einer erheblichen Verschiebung der Gewichte mit unabsehbaren Folgen führen. Zu Recht warnen davor die Präsidenten Frankreichs und Deutschlands, Macron und Steinmeier.

Sicherlich hat es Sinn, über die europäische Politik kontrovers zu diskutieren, etwa ob die einseitige Fixierung auf die kapitalistische Marktwirtschaft besser durch eine sozialpolitisch motivierte Politik wirksam ergänzt werden sollte, die in bestimmten Bereichen die Macht von Banken und international agierenden Unternehmen begrenzt. Generell ist die Frage von demokratischer Teilhabe und Legitimation in Europa, das durch sehr verschiedene Traditionen geprägt ist, eine intellektuelle und politisch-praktische Herausforderung ersten Ranges. Für die demokratische Weiterentwicklung Europas, die von vielen Seiten angemahnt wird, gibt es kein Modell – weder die USA noch Indien sind wirklich vergleichbar. Was wir vergemeinschaften und was nicht, muss erörtert werden. Vieles spricht für eine Vergemeinschaftung der Sicherheits- und Steuerpolitik. Natürlich muss vermieden werden, dass europäische Politik in den einzelnen Ländern und von größeren Bevölkerungsgruppen als Fremdbestimmung empfunden wird. Doch gilt es, auch das europäische Bewusstsein und die europäische Handlungsfähigkeit zu stärken. Und vor dem Hintergrund der Geschichte sollte völlig klar sein, dass die EU nicht zur Disposition gestellt werden darf: Ungeachtet aller Schwächen ist sie ein unvergleichlicher Fortschritt in der europäischen Geschichte, der durch eine kluge Demokratisierung weiterzuführen ist.

Sicherlich sind die – unterschiedlich definierten – Nationen auf unabsehbare Zeit ein Teil der europäischen Realität, mit der wir umzugehen haben. Manche deutsche Intellektuelle täuschen sich in diesem Punkt. Unbedingt entgegenzutreten ist jedoch der Rückwendung zu einem Nationalismus, der die europäischen Erfahrungen des 19. und 20. Jahrhunderts ignoriert und zweifellos ein beträchtliches selbstzerstörerisches Potenzial hat.

Dass Regionalgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sich bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Rahmen ihrer Möglichkeiten engagieren, um für ein Votum für proeuropäische demokratische Parteien zu werben (siehe Kasten unten), ist wahrlich gut begründet. ■

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist Historiker und Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Gemeinsame Postkartenaktion zur Europawahl 2019

Vielen Regionalen Arbeitsgruppen (RAG) von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist es vor den Wahlen im Mai ein Anliegen, sich für Europa zu positionieren und einzusetzen. 20 RAGs und Landesarbeitsgemeinschaften von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. haben sich zusammengetan und gemeinsam mit der Geschäftsstelle die Idee einer bundesweiten Postkartenaktion entwickelt.

Mit klaren, einfachen Botschaften, gedruckt auf bunte Postkarten, wollen sie zur aktiven Teilnahme an der Wahl zum Europäischen Parlament, die in Deutschland am 26. Mai 2019 stattfinden wird, aufrufen. Ein bloßes „Wählen gehen“ scheint hier aber nicht genug, deshalb werben die Regionalen Arbeitsgruppen auch dafür, dass die Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen denjenigen Parteien geben, die sich für Demokratie, Rechtsstaat und ein gemeinsames Europa einsetzen. Die Karten sollen an die positiven Seiten und Entwicklungen Europas erinnern und auf die gemeinsamen, verbindenden Werte hinweisen.

Es ist geplant die Karten möglichst breit zu streuen. Hierfür haben die RAGs unterschiedliche Formate entwickelt, die zumeist darauf abzielen, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Auch auf kommerziellen Wege soll ein Teil der Karten in Umlauf gebracht werden. Mitglieder, die sich an der Aktion beteiligen wollen, können sich gerne per E-Mail an die Geschäftsstelle wenden (info@gegen-vergessen.de).

Wolfram Wette

Brauchen wir eine neue Erinnerungskultur?

Wir erleben in Europa derzeit ein Aufleben von nationalistischen Bewegungen, rassistischen Ausfällen, Hass, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. In einigen europäischen Nachbarstaaten haben rechtspopulistische Kräfte Regierungsverantwortung übernommen. Auch dort, wo sie nicht an der Regierung sind, üben sie maßgeblichen Einfluss aus. Unsere bisherige Erinnerungskultur wird plötzlich in Frage gestellt. Aber was und wer bedroht sie? Brauchen wir womöglich eine neue Erinnerungskultur?

Die Erinnerungskultur, wie wir sie heute in Deutschland vorfinden, ist ein wesentlicher Bestandteil der politischen Kultur unseres Landes. Sie fiel nicht vom Himmel, sondern sie musste in einem langen Zeitraum gegen viele Widerstände in der Gesellschaft errungen werden. Erinnerungskultur ist zunächst ein deutsches und erst in zweiter Linie europäisches Projekt. Sie ist weder Selbstzweck noch ein Glasperlenspiel. Vielmehr will sie den Menschen eine Vorstellung von Gut und Böse vermitteln und damit eine politische Handlungsorientierung geben, die sich der Humanität, der Demokratie und dem Frieden verpflichtet weiß. Erinnerungskultur ist ein zerbrechliches Gut, das stets geschützt und neuen Entwicklungen angepasst werden muss.

Foto: Archiv

Gedenkveranstaltung in Plötzensee im Jahr 2005. Von rechtspopulistischen Bewegungen wird diese Erinnerungskultur infrage gestellt.

Unsere Erinnerungskultur hat in der europäischen Entwicklung der vergangenen Jahre eine große Bewährungsprobe bestanden. Eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung hieß 2015 die neu ankommenden Flüchtlinge willkommen, nahm sie auf und betreute sie. Ist es falsch, das Verhalten dieser Menschen auch damit zu erklären, dass sie aus der Geschichte von Krieg, Verfolgung, Flucht und Vertreibung während des Zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegszeit gelernt haben?

„Willkommenskultur" bedeutet: Schutzbedürftige weist man nicht ab, sondern man hilft ihnen. In Deutschland haben sich Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam dieser Aufgabe angenommen. Diese humane Leistung wird nicht dadurch geschmälert, dass die staatliche und gesellschaftliche Hilfsbereitschaft im Gegenzug eine fremdenfeindliche, rechtsnationalistische Bewegung im eigenen Land und eine Abschottungspolitik in anderen europäischen Ländern hervorgebracht hat.

Die geschichtspolitischen Ansichten der AfD stellen einen Totalangriff auf unsere Erinnerungskultur und eine Aufkündigung des bisherigen Grundkonsenses der demokratischen Kräfte unseres Landes dar. Die Reden ihrer führenden Leute rufen Empörung und Entsetzen hervor. Vielerorts wird verkannt, dass es sich nicht um spontane Ausrutscher handelt, sondern um Teile einer durchdachten Strategie. Björn Höcke, Alexander Gauland und andere AfD-Politiker wollen – wie andere Relativierer, Leugner und Beschöniger vor ihnen – einen Schlussstrich unter die deutschen Verbrechen ziehen. Man muss wissen: Der AfD geht es nicht um die Leugnung der NS-Verbrechen, sondern um deren Stellenwert in unserer Erinnerungskultur, den sie „Schuldkult" nennen.

Mit der Rede vom „Schandmal" in Berlin (Höcke) und vom „Vogelschiss" (Gauland) haben wir es mit einer bis dahin beispiellosen Relativierung des Holocausts und anderer Massenverbrechen des NS-Staates zu tun – und zugleich mit einer Verhöhnung von Millionen von Opfern des Nationalsozialismus. Die AfD tritt als Partei nicht offen antisemitisch auf, aber sie duldet Antisemiten in ihren Reihen und sie bedient und fördert einen unterschwelligen Antisemitismus. Gauland betrachtet den Kanzler Otto von Bismarck aus Zeiten des Kaiserreiches als politisches Vorbild und fordert das Recht ein, „stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen". Ein Profil der Friedfertigkeit ist nicht zu erkennen.

Der deutsch-iranische Schriftsteller Navid Kermani stellte nach seinem ersten Besuch in Auschwitz die Überlegung an: „Je ferner Auschwitz rückt, desto leichter wird es Deutschen wieder fallen, sich an ihrer Geschichte zu erbauen. Und sie werden übersehen, dass gerade in der Gebrochenheit Deutschlands bundesdeutsche Identität und, ja, Stärke und Vitalität liegt. Es gibt nichts Ganzeres als ein gebrochenes Herz, lehrte der Rabbi Nachman von Berditschew." Damit wollte Kermani sagen: Wir haben Goethe und Heinrich Heine, aber auch Hitler und Heinrich Himmler. Weder die einen noch die anderen dürfen wir ver-

Foto: Archiv

Gedenken in Auschwitz.

leugnen. Den Rechtspopulisten in unserem Land fehlen der Wille und die Kraft, mit dieser Ambivalenz zu leben. Sie wollen die deutsche Geschichte entkriminalisieren, sich die Rosinenstücke herauspicken und eine völkisch-heroische Identität schmieden. Leider gibt es dafür einen beträchtlichen Resonanzboden.

Eine demokratische Erinnerungskultur geht anders. Sie leugnet und unterschlägt nichts, akzeptiert die Ambivalenz und trägt mit dem Mut zur Wahrheit dazu bei, dass es besser wird und es keinen Rückfall gibt.

Seit Längerem wird die Frage erörtert: Kann eine Erinnerungskultur, die sich an Antipositionen orientiert – „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!" –, in Zukunft noch eine hinreichende Basis für das Lernen aus der Geschichte darstellen? Oder muss sie durch positive Identifikationsangebote ergänzt werden?

Im „Angebot" ist seit der Stockholmer Holocaust-Konferenz von 2000 die Idee, die Erinnerung an das Menschheitsverbrechen Holocaust zur Grundlage für eine permanente und weltweite Erziehung zur Einhaltung der Menschenrechte zu machen. Weiterhin ist die Idee einer Erziehung zu den Menschenpflichten zu nennen. Neben einer solchen, auf universale Werte abhebenden Erziehung ist die Idee im Gespräch, die Menschen zu einer tiefer gehenden Beschäftigung und Identifikation mit deutscher Demokratiegeschichte einzuladen. Angesichts der heutigen Gefährdung der Demokratie ist es sinnvoll und notwendig, Demokratiegeschichte zu einem neuen Schwerpunkt der Erinnerungsarbeit zu machen.

Die Beschäftigung mit deutschen Freiheits- und Friedensbewegungen hätte das Potenzial für eine erneuerte, identifikationsfähige Erinnerungskultur. Sie wäre nicht auf die – nach wie vor zentrale – Beschäftigung mit der NS-Zeit und ihrer Vorgeschichte beschränkt, sondern würde in weit größere Räume der deutschen Geschichte zurückgreifen.

Heute müssen wir unsere Erinnerungskultur gegen die frontalen Angriffe der AfD, anderer Rechtpopulisten und Neo-Nationalsozialisten aktiv verteidigen. Die vorgeschlagene erweiterte Erinnerungskultur lädt zur Herausbildung eines zeitgemäßen, demokratisch-friedlichen Patriotismus ein, der sich an den übernationalen und weltbürgerlichen Werten der deutschen Aufklärung orientiert. ■

Nachstellung der Festtafel der Freiheit vom Hambacher Fest bei einer Demo für Grund- und Freiheitsrechte in Berlin 2017.

Foto: Liane Czeremin

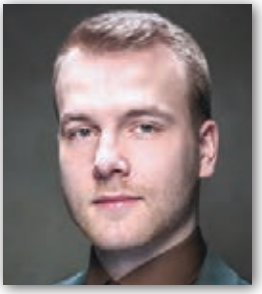
Prof. Dr. Wolfram Wette ist Historiker und Friedensforscher und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie. Der Text stellt die stark gekürzte Version eines Vortrags dar, die der Verfasser zum 80. Jahrestag der Reichspogromnacht am 14. November 2018 an der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg gehalten hat. Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Freiburg durchgeführt.

Mitgliederversammlung in Kiel

Junge Mitglieder engagieren sich im Verein – und sagen, warum

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat im Jahr 2018 so viele Veranstaltungen durchgeführt und so viele Menschen erreicht wie nie zuvor. Doch was wünschen sich junge Mitglieder von der Arbeit des Vereins und warum haben sie entschieden, sich zu engagieren? Auf einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Mitgliederversammlung im November in Kiel hat Moderatorin Julia Wolrab danach gefragt.

Annalena Baasch ist seit 2014 Mitglied und arbeitet seit 2017 im Fachbereich Geschichte und Erinnerung in der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Sie ist durch einen längeren Aufenthalt in Israel dazu motiviert worden, sich mit Geschichte zu beschäftigen. Dann hat sie versucht, ein Praktikum an der Villa ten Hompel zu bekommen. Dies hat zwar im ersten Anlauf nicht geklappt, aber sie konnte beim Projekt „Demokratiedschungel" mitarbeiten und ist dadurch schließlich bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gelandet. Annalena Baasch: *„Wir sollten uns mehr mit den Menschen über Demokratie und Demokratiegeschichte unterhalten. Gute und auch schlechte eigene Erfahrungen mit Demokratie sollten dabei zur Sprache kommen können. Es wäre schön, wenn alle Demokratinnen und Demokraten gemeinsam Ideen entwickeln und zusammenarbeiten würden, um Zukunft zu gestalten."*



Johannes Karl ist seit 2015 Mitglied und engagiert sich für Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. als Trainer im Argumentationstraining gegen rechte Parolen. Karl erzählt, dass seine Kindheit in Gelsenkirchen vom Wegfall der klassischen Industrie und dem darauffolgenden massiven Strukturwandel geprägt war. Mit 16 Jahren diskutierte er während einer politischen Veranstaltung mit der damaligen Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Sie rief ihn dazu auf, sich zu engagieren und seine Zukunft trotz des prekären Umfelds selbstbestimmt in die Hand zu nehmen. Das hat er getan. Er ließ sich bei Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. zum Trainer ausbilden und leitet seitdem Argumentationstrainings gegen rechte Parolen. Johannes Karl: *„Wir haben unfassbar gute Angebote und arbeiten wahnsinnig viel, aber das reicht leider nicht um erfolgreich sichtbar zu sein. Wir können hunderte Veranstaltungen machen, wenn wir nicht anfangen öffentlich über unsere Arbeit zu reden, dann müssen wir in einigen Jahren dagegen kämpfen, nicht selbst vergessen zu werden. Warum sehe ich keine guten ansprechenden Fotos von unseren Events auf Instagram? Warum sehe ich keine Plakate von uns an der Bushaltestelle, warum lese ich keine knackigen Geschichten in den sozialen Medien? PR macht Spaß und eine junge frische Medienstrategie würde dem Laden hier echt mal guttun."*

Samuel Engel ist seit 2015 Mitglied und arbeitet in der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland und an der Villa ten Hompel mit. Er war früh in einem Jugendverband engagiert. Dann lernte er in der Villa ten Hompel den „Demokratiedschungel" kennen. In diesem Projekt werden Schülerinnen und Schüler an verschiedenen Stationen innerhalb der Ausstellung dazu aufgefordert, ihre Meinungen zur NS-Geschichte und über Vorurteile zu äußern. Samuel Engel: *„Die nächste Generation wird keinen direkten Kontakt mehr mit Zeitzeugen aus der Zeit des Nationalsozialismus haben. Wie kann die Erinnerung an den Holocaust dennoch künftig weitergegeben werden? Es hilft nicht, meine Generation pauschal als unpolitisch zu deklarieren. Stattdessen müssen Formate gefunden werden, um sie besser anzusprechen und einzubeziehen – auch bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V."*

Janosch Warda ist Neu-Mitglied, hat sich aber auch schon 2017 an der Aktion „Wa(h)l. Tauch nicht ab!" in der Regionalen Arbeitsgruppe Südhessen beteiligt. Janosch Warda nahm in der 12. Klasse die Chance wahr, kurzfristig mit dem 13. Jahrgang an einer politisch-historischen Exkursion teilzunehmen, die von Klaus Müller durchgeführt wurde, dem Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Südhessen. Es folgten weitere Exkursionen mit dem Verein nach Nürnberg, Erfurt und Heidelberg. Später war er dann bei der „Wa(h)laktion" in Frankfurt am Main dabei. Janosch Warda: *„Es ist wichtig, mit Menschen zu reden, die an der Demokratie zweifeln. Formate des Zuhörens und des Meinungsaustausches wie zum Beispiel die Aktion ‚Deutschland spricht' von Zeit Online finde ich sehr spannend. Die drohende Spaltung der Gesellschaft muss verhindert werden. Wir brauchen Strategien, die Menschen nicht der AfD zu überlassen."*

Neue und bekannte Gesichter im Vorstand

Auf der Mitgliederversammlung im November in Kiel wurde auch gewählt. Der bisherige Vorsitzende Bernd Faulenbach wurde erneut und ohne Gegenstimmen im Amt bestätigt. Er richtete jedoch die Bitte an den geschäftsführenden Vorstand, nach einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger auf die Suche zu gehen, da er den Vorsitz auf der kommenden Mitgliederversammlung am 23. November 2019 in Karlsruhe abgeben wolle.

Ein neues Gesicht gibt es unter den stellvertretenden Vorsitzenden. Neben Ekin Deligöz und Eberhard Diepgen, die beide ebenfalls mit großer Zustimmung wiedergewählt wurden, ist nun auch die Bundestagsabgeordnete Linda Teuteberg Stellvertreterin von Bernd Faulenbach. Sie war vorher bereits Mitglied des Vorstands und ersetzt nun in der neuen Funktion Irmgard Schwaetzer, die nicht mehr kandidierte.

In der konstituierenden Sitzung des Vorstands wurde zudem die ehemalige parlamentarische Staatssekretärin Iris Gleicke als neues Mitglied in den geschäftsführenden Vorstand gewählt.

Eine Veränderung gibt es auch bei den beiden Sprechern aller Regionalen Arbeitsgruppen. Sprecher Ernst Klein aus der Regionalen Arbeitsgruppe Nordhessen-Südniedersachsen schied aus und stellte seinen bisherigen Stellvertreter Andreas Dickerboom (RAG Rhein-Main) und Stefan Querl (RAG Münsterland) als neue Sprecher vor.

Professor Bernd Faulenbach

Fotos: Beke Dethlefsen

Eine Abstimmung während der Mitgliederversammlung in Kiel.

Aktuelle Herausforderungen für den Verein

Der Vorsitzende Bernd Faulenbach wies in der Mitgliederversammlung auf die geballten Herausforderungen hin, denen sich unsere Gesellschaft derzeit gegenüber sieht. Populistische Strömungen, die einen neuen nationalen Egoismus und Nationalismus fördern, sind heute ein länderübergreifendes Problem. Er stellte in seiner Rede die Frage, wie Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. auf diese „Gegenwart der Vergangenheit" reagieren kann. Laut Faulenbach könnte eine Antwort der Versuch sein, eine gemeinsame Position gegen Antisemitismus zu finden, die aber nicht von Islamophobie geprägt sein darf. Weiterhin könnte man durch eine stärkere Betonung der Demokratiegeschichte das „Für Demokratie" stärken. Faulenbach: „Mit der Gründung der AG Orte der Demokratiegeschichte, der Erstellung von Arbeitsmaterialien und prominenter Fürsprache von Bundespräsident Frank Walter Steinmeier in seiner Rede zum 9. November 2018 sind erste wichtige Schritte getan."

Des Weiteren gehe es darum, der Renationalisierung einzelner Staaten wie Polen durch die Förderung eines europäischen Geschichtsbewusstseins vorzubeugen. Statt nationale Geschichtsbilder voneinander abzugrenzen, soll stattdessen dialogisch erinnert und so Respekt für die Sicht des jeweils anderen hergestellt werden. Beispiele für Projekte sind die Kooperation mit dem französischen Massakerort Maillé, die mit Darmstädter Schülerinnen und Schülern durchgeführten Exkursionen und Projekte sowie das Haus der europäischen Geschichte in Brüssel.

Auszeichnungen für „Ostritzer Friedensfest" und Schülerinnen und Schüler des Georg-Mendheim-Oberstufenzentrums Oranienburg/Zehdenick

Die Initiative „Ostritzer Friedensfest" hat den Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie" 2018 erhalten. Grund ist ihr mutiges Eintreten für Demokratie und ihr umsichtiges Vorgehen bei der Organisation des „Ostritzer Friedensfestes". Der Initiative war es gelungen, ein breites Bündnis auf die Beine zu stellen, das mehr war als eine reine „Gegenveranstaltung gegen Rechts".

Bernd Faulenbach, Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., sagte bei der feierlichen Preisverleihung am 17. November im Rathaus von Kiel: *„Dass sich die Einwohner einer Kleinstadt zusammenfinden, sich verständigen und gemeinsam überlegen, wie positive Signale für ein Zusammenleben in der Region ausgesandt werden können, ist in der gegenwärtigen politischen Stimmung, in der Polarisierung um sich greift, keine Selbstverständlichkeit."*

Hintergrund: Vom 20. bis 22. April 2018, als sich 1.100 Rechtsextreme in der Kleinstadt Ostritz in Ostsachen versammelten, feierten die Bürgerinnen und Bürger zusammen mit Menschen aus umliegenden Städten und Dörfern parallel dazu ein Friedensfest. Sie traten für Empathie, Demokratie und Weltoffenheit ein und versammelten sich, um ihr Zusammengehörigkeitsgefühl mit der Region zum Ausdruck zu bringen. Die Auszeichnung richtet sich an das Organisationsteam, die Stadtverwaltung und das Internationale Begegnungszentrum St. Marienthal. Unterstützt wurde diese Initiative durch Bürgerinnen und Bürger aus Ostritz und Umgebung, Vereine, Kirchgemeinden, »

Im Namen der Initiative „Ostritzer Friedensfest“ nahmen Melanie Kottek (4.v.l.), Maria Barbara Ebermann (M.v.), Georg Salditt (M.h.), die Ostritzer Bürgermeisterin Marion Prange (4.v.r.), Stephan Kupka (3.v.r.) und Cäcilia Schreiber (2.v.r.) den Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ entgegen. Auf dem Foto sind außerdem zu sehen der Vorsitzende Bernd Faulenbach (l.) die Vorstandsmitglieder Iris Gleicke (2.v.l.) und Dr. Maria Nooke (3.v.l.) sowie die stellvertretende Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, Monika Heinold (r.).

Schülerinnen und Schüler des Georg-Mendheim-Oberstufenzentrums Oranienburg/Zehdenick nahmen gemeinsam mit ihrem Schulleiter Dieter Starke (m.) den Waltraud-Netzer-Jugendpreis 2018 entgegen.

Fotos: Julia Wolrab

» Stiftungen und politische Verantwortungsträger.

Der Waltraud-Netzer-Jugendpreis 2018 ging an Schülerinnen und Schüler des Georg-Mendheim-Oberstufenzentrums Oranienburg/Zehdenick. Sie erarbeiteten ein Begleitprogramm für die Yad-Vashem-Ausstellung „Deutsche Gerechte unter den Völkern – Ich bin meines Bruders Hüter“. Methodik und Umfang des Begleitprogramms sind vorbildhaft, heißt es in der Preisbegründung. Das von den Schülern entwickelte Konzept zielt darauf ab, dass Jugendliche von Gleichaltrigen durch die Ausstellung geführt werden. Ein solcher Ansatz nennt sich Peer-Education und sorgt dafür, dass immer auch ein lebensweltlicher Bezug geschaffen wird. In den Führungen werden Verknüpfungen zur Gegenwart hergestellt, um zu verdeutlichen, dass unsere Demokratie nicht selbstverständlich ist. Das Ergebnis spricht sowohl inhaltlich als auch quantitativ für sich: Die jetzt ausgezeichneten Schülerinnen und Schüler begleiteten in insgesamt 38 Führungen 700 Jugendliche aus Oranienburg und dem Landkreis Oberhavel durch die Ausstellung. ■

Zwei neue Broschüren in der Geschäftsstelle

Mit zwei neuen Publikationen informieren wir über Projekte in der Geschäftsstelle. In der Broschüre **„online gut beraten.“** geben wir Einblicke in unsere Online-Beratung gegen Rechtsextremismus, die mittlerweile auf zehn Jahre Praxis-Erfahrung zurückblicken kann. An die Plattform wenden sich Menschen, die in ihrem Umfeld mit Rechtsextremismus oder anderen menschenfeindlichen Einstellungen konfrontiert werden. Wir unterstützen unsere Klienten mit einer systemisch-lösungsorientierten Beratung. In der Publikation berichten wir auch, wie wir die Entwicklung des Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren in der Beratung erlebt haben und welche Herausforderungen sich für das Format Online-Beratung aktuell stellen.

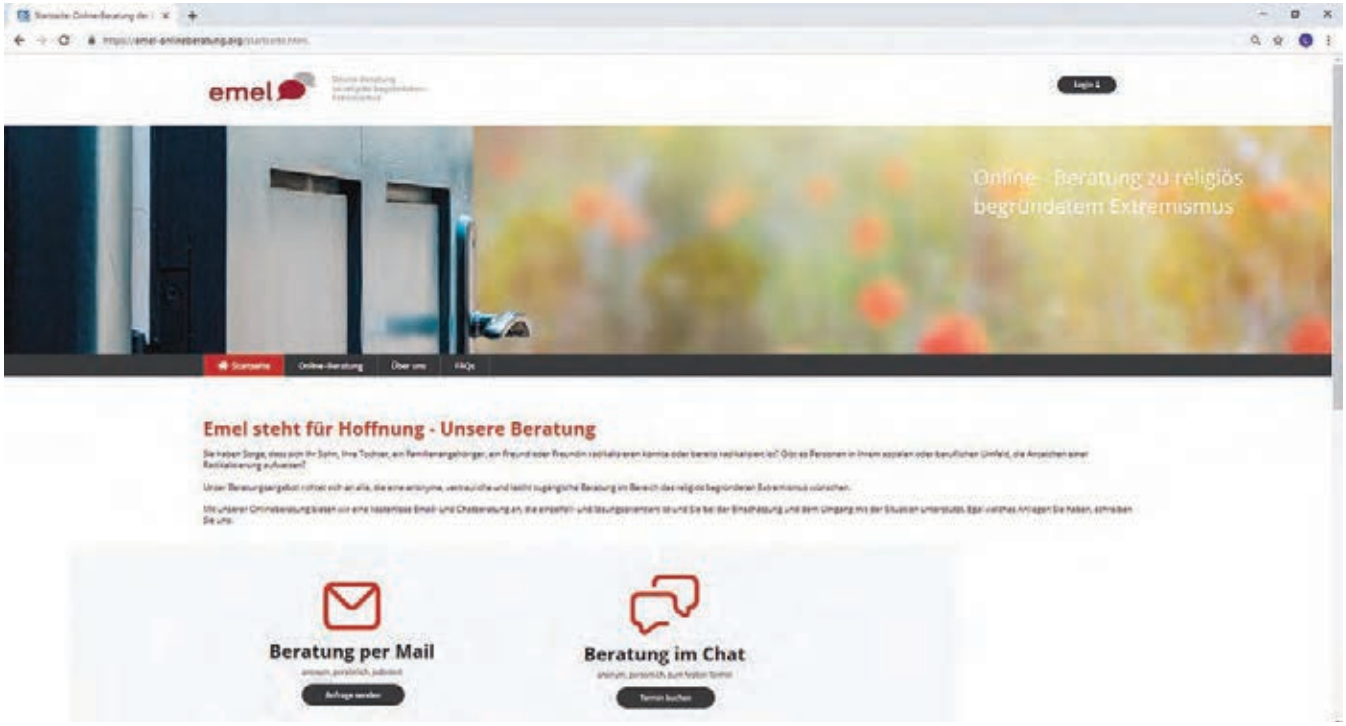
Das Heft **„Extremismusprävention – und was sie für Muslime bedeutet“** stellt die Arbeit des Präventionsnetzwerkes gegen religiös begründeten Extremismus und einzelne Projekte der Mitglieder des Netzwerkes vor. Ramzi Ghandour, bis vor kurzem wissenschaftlicher Referent bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., und Amir Alexander Fahim von der Türkischen Gemeinde in Deutschland diskutieren außerdem die Begriffe „religiös begründeter Extremismus unter Muslimen“ und „Extremismusprävention“. Thema sind dabei auch problematische Ansätze der Prävention, die mehr Schaden als Nutzen anrichten können.

Beide Publikationen sind über die Geschäftsstelle bestellbar. ■

Fotos: Martin Bottomley

Religiös begründeter Extremismus: Online-Beratung „emel“ macht Hoffnung

Quelle: www.emel-onlineberatung.org



Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) hat eine Online-Beratung gegen religiös begründeten Extremismus ins Leben gerufen. Sie heißt „emel“, was auf Türkisch und Arabisch „Hoffnung“ und „Ziel“ bedeuten kann. Eine individuelle Beratungsstelle im Internet ist für diesen Bereich der Extremismusprävention europaweit bislang einmalig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter greifen dabei auf die Erfahrungen und die Idee der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus zurück, die Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Jahr 2008 an den Start brachte.

Als niedrigschwelliges Angebot zielt „emel“ besonders darauf ab, über E-Mail oder im Chat türkei-, arabisch- und deutschstämmige Eltern und andere Angehörige zu erreichen, die anonym bleiben möchten oder sich zum Beispiel nicht in eine örtliche Beratungsstelle trauen. Erstes Ziel ist es, Radikalisierungsprozessen bei Jugendlichen vorzubeugen oder entgegenzuwirken. Bei der Vorstellung der Plattform im Januar in Berlin sagte Gökay Sofuoglu, der Vorsitzende der TGD: „Jugendliche stammen häufig aus weltlichen, säkularen Familien deren Eltern dann oft verängstigt, irritiert und aggressiv reagieren, wenn sich ihre Kinder mit islamischen Praktiken und Inhalten beschäftigen“. Dies kann zu Konflikten führen, die wiederum zu einer Loslösung der elterlichen Erziehungsautorität und einer Hinwendung zu möglicherweise extremistischen Gruppen führen können.

Dabei ist es häufig gar nicht klar, ob es den Jugendlichen einfach um Interesse an der Religion geht oder tatsächlich extremistische Bewegungen eine Rolle spielen. Hier will die Beratungsstelle mit Informationen und psychosozialer Unterstützung ansetzen, um die Eltern für ihre Herausforderungen zu stärken. Die spezifischen religiösen, kulturellen und sprachlichen Bedürfnisse und Befindlichkeiten der Ratsuchenden werden berücksichtigt. Das Team ist interdisziplinär besetzt, in systemischer Beratung geschult und kann auf Deutsch, Türkisch, Arabisch und Englisch antworten.

Über die Kernzielgruppe hinaus steht die Anlaufstelle aber auch allen anderen für Anfragen zur Verfügung, die sich von religiös begründetem Extremismus betroffen fühlen. Bei der Entwicklung der Online-Beratung standen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der TGD um Projektleiterin Nevin Uca in engem Kontakt zum Team der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus. Geplant ist, sich auch in Zukunft intensiv über Erfahrungen auszutauschen. Gefördert wird „emel“ vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Nevin Uca: „Unser Ziel in der Beratung ist es, Vertrauen zu den Klienten zu schaffen, Scham und Angst abzubauen. Das kann im Internet gut funktionieren nach dem Prinzip Nähe durch Distanz.“ ■

www.emel-onlineberatung.org

Die **Türkische Gemeinde in Deutschland** (TGD) wurde 1995 gegründet und versteht sich als Interessenvertretung türkeistämmiger Menschen in Deutschland. Als parteipolitisch unabhängiger Dachverband vertritt er 267 Einzelvereine und setzt sich für eine vielfältige Gesellschaft ein.
Im Modellprojekt „Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus“ ist Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Kooperationspartner der TGD.

RAG Thüringen

Marina Böttcher, Uwe Kulisch

Seit zehn Jahren „On the Road“: die Wanderausstellung „Von Liebe und Zorn. Jung Sein in der Diktatur“

Die interaktive Wanderausstellung „Von Liebe und Zorn. Jung Sein in der Diktatur“ wurde erstmals am 23. April 2009 im Thüringer Landtag gezeigt, damals unter der Trägerschaft des Vereins Freiheit. Seitdem hatte sie 70 Stationen in vielen Orten Deutschlands, aber auch in Österreich, Polen und Russland. Darunter waren ungewöhnliche Schauplätze, etwa ein Rockfestival und ein Einkaufscenter. 160.000 Besucherinnen und Besucher kamen. Das Interesse ist bis heute ungebrochen.

Foto: Uwe Kulisch

Eröffnung im Thüringer Landtag Erfurt am 23. April 2009. Im Vordergrund Elise Günzler, Mutter eines Protagonisten.

Seit fünf Jahren trägt der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. die Ausstellung, die die Geschichte(n) von zwei Mitgliedern eines Erfurter Freundeskreises erzählt. Sie zeigt auf, wie die Freunde versuchten, im DDR-Alltag ihr Anderssein zu leben und deshalb Einschränkungen bis hin zu harten Repressionsmaßnahmen erleiden mussten. Die Erlebnisse der Protagonisten Barry und Fetzer werden in den sie prägenden Jugendjahren 1973 bis 1983 dargestellt. „Von Liebe und Zorn. Jung Sein in der Diktatur“ ist gemeinsam mit dem damaligen Freundeskreis entstanden. Die Mütter der beiden Protagonisten stellten, wie auch die Freunde, zahlreiche Fotos und Dokumente zur Verfügung. Umfängliche Recherchen in der Stasiunterlagenbehörde (BStU) Außenstelle Erfurt ermöglichten es, die Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit und deren Auswirkung auf den gelebten Alltag der Jugendlichen darzustellen.

Station in der Bibliothek der Universität Marburg, November 2009

Foto: Uwe Kulisch

Die Wanderausstellung besteht aus 27 Bannern, die sich in fünf Themenblöcke gliedern. Fünf Hörstationen mit Tondokumenten und Interviewausschnitten sowie begleitende Texte unterstützen das Eintauchen in den abgebildeten Zeitraum. Aufgrund der großen Nachfrage wurde eine etwas kleinere Zweitausführung mit Audioguides erstellt. Auf der Internetseite

Foto: Uwe Kulisch

Verstehendes Hören, Centrum Języków Europejskich in Częstochowa/Polen, März 2011

www.von-liebe-und-zorn.de sind umfassende Informationen zu den Inhalten, der Dramaturgie und den Möglichkeiten für die politische Bildungsarbeit abrufbar.

Die Wanderausstellung konnte sich in der politischen Bildungslandschaft fest verorten. Von Anfang an zeigte sich, dass der niederschwellige Zugang funktioniert, weil hier Alltagsgeschichten und verschiedene Erfahrungen in der DDR der 1970er und 1980er Jahre beschrieben werden. Schülerinnen und Schüler können sich mit den Protagonisten gut identifizieren, weil sie heute etwa im gleichen Alter sind wie die Freunde damals. Auch sie haben Träume und wollen ihr Leben gestalten. Besucher, die im gleichen Zeitraum in den alten Bundesländern jung waren, entdecken ebenfalls Parallelen – trotz der damaligen Teilung in Ost und West. Und ehemalige DDR-Bürger finden sich in den Geschichten wieder, erinnern sich und werden sich darüber klar, wie sehr der Staat damals in ihre Biografien eingriff oder eingegriffen hätte, wenn sie sich nicht konform verhielten.

Während der Führungen ergaben sich zahlreiche diskursorientierte Gespräche, auch die vielen Begleitveranstaltungen haben zu einem besseren DDR-Verständnis beigetragen. Hier fanden Lesungen, Konzerte, Filmvorführungen, Zeitzeugengespräche und Podiumsdiskussionen statt. Zahlreiche Schulprojekte wurden durchgeführt, eine Geschichtsrallye entwickelt, Studierende eigneten sich in Workshops Kenntnisse zum „Jung Sein" in Diktaturen an. Die angestrebte Fragekompetenz konnte geweckt und der Zugang zu Diktaturgeschichte über Lebensgeschichte(n) und Alltagserfahrungen ermöglicht werden. Der reflektierte Umgang mit den Wahrheiten und Widersprüchen von Lebensgeschichten wurde thematisiert und vermittelt.

Station im Thüringer Einkaufszentrum Erfurt, November 2010

Foto: Marina Böttcher

Ebenso wichtig ist die „Variierung der Veranstaltungsorte", wie sie Michael Parak in seinem Beitrag „Unterschiedliche DDR-Erfahrungen in der politischen Bildung aufgreifen" (Heft 97/2018) vorschlägt. Die politische Bildung muss zu den Menschen kommen und kann auch an ungewohnten Orten praktiziert werden. Unsere zehnjährige Bildungsarbeit hat das nachdrücklich bestätigt. Bereits 2009 traten die Veranstalter des Festivals „Rock am Grenzdenkmal" in Hötensleben an der Grenze von Sachsen-Anhalt zu Niedersachsen an uns heran und wollten die Ausstellung dort zeigen. Sie wurde in zwei Zelten des Technischen Hilfswerks aufgebaut und war ein voller Erfolg. Zeitweise mussten wir den Zugang begrenzen, weil in den Zelten nicht so viel Platz war.

Auf Anregung der BStU-Außenstelle Erfurt zeigten wir im November 2010 die Ausstellung im Thüringischen Einkaufscentrum Erfurt (TEC). Da die Resonanz durchweg positiv war, kooperierte die BStU Erfurt im Februar 2012 erneut mit uns. Die Ausstellung der Behörde zur Staatssicherheit und „Von Liebe und Zorn. Jung Sein in der Diktatur" wurden zeitgleich im Atrium des Thüringenparks Erfurt gezeigt. In diesen 14 Tagen hatte das Einkaufszentrum etwa 43.000 Kunden, die alle (zwangsläufig) an den Ausstellungen vorbeikamen. Viele blieben stehen und diskutierten, teilweise auch sehr kontrovers – was man im Besucherbuch nachlesen konnte. Zahlreiche Schulklassen buchten Führungen. Und das Centermanagement war begeistert, weil sich viele Kunden wegen der Ausstellungen länger aufhielten oder wiederkamen.

Ein ganz besonderes Highlight war die Präsentation der Wanderausstellung in der evangelischen Pauluskirche im sibirischen Wladiwostok 2010 anlässlich der „Deutschen Kulturtage", die dort jährlich stattfinden. Dem dortigen Pfarrer und Honorarkonsul Manfred Brockmann war die Ausstellung von Ronald Hirschfeld empfohlen worden. Hirschfeld war unser damaliger Ansprechpartner bei unserem Fördermittelgeber, der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Eine Drittausführung der Ausstellung auf Stoffbahnen sowie Transport, Flug und Unterkunft wurden von »

» der Deutschen Botschaft in Moskau und dem Goethe-Institut finanziert. Studierende übersetzten sämtliche Ausstellungstexte ins Russische. Uwe Kulisch betreute die Ausstellung eine Woche lang vor Ort. Er referierte bei den „Philosophischen Vorlesungen" an der Fernöstlichen Universität Wladiwostok und am Institut für Fremdsprachen zu „Jugend und Freiheit in Russland und in Deutschland". Später wurde die Drittausführung an den Staatlichen Amur-Universitäten in Chabarowsk und Blagoweschtschensk gezeigt und dort von Benjamin Huhn betreut, damals Lektor der Robert-Bosch-Stiftung. Die Studierenden entwickelten unter anderem didaktische Konzepte zur Betreuung russischsprachiger Ausstellungsbesucher.

Andere Ausstellungsorte waren zum Beispiel:

- die Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit Dresden,
- das Jugendzentrum „Shalom" in Gera,
- die Volkshochschule Tübingen,
- die Anne-Frank-Europaschule in Eschwege,
- die Philipps-Universität Marburg,
- das Ossarium in Ebern,
- das Haus der Geschichte in Wittenberg,
- die Bundeshandelsakademie Bregenz in Österreich,
- das Rathaus Lübeck,
- die Burg Scharfenstein Leinefelde/Worbis,
- das Main-Forum der IGM in Frankfurt am Main,
- die Pauluskirche in Ulm,
- der Schweriner Dom,
- das Europäische-Sprachen-College Częstochowa in Polen,
- das Stadtmuseum „Flohburg" Nordhausen und
- die Stadtbibliothek Mettmann.

Mittlerweile war die Ausstellung auch in fast allen Außenstellen der Stasiunterlagenbehörde zu sehen, sowie im Stasimuseum Berlin und in der Gedenkstätte Hohenschönhausen. Sämtliche Ausstellungsorte sind auf der Webpräsenz *www.von-liebe-und-zorn.de* nachlesbar, auch die zahlreichen Kooperationspartner – bei denen wir uns auf diesem Weg noch einmal herzlich bedanken möchten.

Foto: Marina Böttcher

Station BStU Leipzig „Runde Ecke", September 2011

Leider mussten wir immer wieder feststellen, dass bezüglich der Wissensvermittlung über die Mechanismen der SED-Diktatur weiterhin großer Bedarf an Bildungsarbeit besteht. In den Schülerrezensionen und Besucherbüchern wird sichtbar, dass einige Bildungsträger engagiert die DDR-Diktatur thematisierten, andere aber die Auseinandersetzung scheuten. Erfreulich ist, dass die Ausstellung als Korrektiv zu „Ostalgie" und Verharmlosung der SED-Diktatur wirken konnte. Hauptanliegen war und ist uns, den Jugendlichen die Vorteile der Demokratie und deren freiheitliche Möglichkeiten aufzuzeigen, die sie nutzen können, um ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens wird die Ausstellung vom 23. April bis zum 8. Mai 2019 in der Erfurter Michaeliskirche zu sehen sein. ■

Die Wanderausstellung

Die Ausstellung entstand 2008 mit Fördermitteln der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Die Umsetzung und deren mehrjährige Betreuung wurden von der bpb, der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung ermöglicht. Trägerverein war bis März 2012 der Freiheit e.V., seitdem erfolgt die Positionierung und Betreuung der Ausstellung ehrenamtlich durch Marina Böttcher und Uwe Kulisch. Im Herbst 2012 vermittelte Joachim Heise eine Kooperation mit der RAG Thüringen des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie. So konnte die Ausstellung weiterhin präsentiert und die politische Bildungsarbeit fortgesetzt werden. 2013 übernahm Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. die Trägerschaft für die Ausstellung. Informationen im Internet: **www.von-liebe-und-zorn.de**

Foto: Marina Böttcher

RAG Thüringen zur Finissage in der BStU Außenstelle Erfurt am 11. September 2016 (v.l.n.r.): Uwe Kulisch, Joachim Heise, Ulrike Heise, Kati Bothe und Musiker

Marina Böttcher und **Uwe Kulisch** engagieren sich in der Regionalen Arbeitsgruppe Thüringen von Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. und sind als Autoren, Kuratoren und Zeitzeugen in der politischen Bildung aktiv.

RAG Hannover

Michael Pechel

„Schau mich an. Begegnungen in Israel“

Eine Wanderausstellung von Givat Haviva im Neuen Rathaus

Benannt nach der slowakischen Widerstandskämpferin Haviva Reik, wurde Givat Haviva als israelischer Kibbutz vor 70 Jahren gegründet. Seitdem wird er von der Gewerkschaft der Kibbutzbewegung getragen. Seit 1963 versteht sich Givat Haviva als Bildungs- und Begegnungszentrum, das sich aktiv um den innerisraelischen Dialog und insbesondere um eine jüdisch-arabische Aussöhnung bemüht. Dazu kommen Menschen zusammen, die gewöhnlich vollkommen abgeschottet voneinander leben: Das Kulturzentrum zwischen Tel Aviv und Haifa bietet jährlich Veranstaltungen für etwa 30.000 jüdische wie arabische Jugendliche aus Israel, Pädagogen und sonstige Multiplikatoren an. Für das Programm „Kinder lehren Kinder“, das jeweils eine jüdische mit einer palästinensischen Klasse über zwei Jahre in einen partnerschaftlichen Dialog führt, wurde Givat Haviva mit dem UNESCO-Friedenspreis ausgezeichnet. Während seines Besuches im Jahre 2017 nannte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das Friedensprojekt Givat Haviva eine „Insel der Hoffnung“ im Nahen Osten.

Der Verein Freundeskreis Givat Haviva Deutschland besteht seit 1995 und hat sich – wie die Partnerorganisationen in Europa und Nordamerika – zum Ziel gesetzt, über die Arbeit von Givat Haviva in Israel zu informieren. Dafür tourt die Wanderausstellung „Schau mich an. Begegnungen in Israel“ seit Jahren durch deutsche Städte. Vom 30. September bis zum 23. Oktober 2018 war sie in Hannover zu Gast. Veranstalter waren hier neben dem Freundeskreis Givat Haviva Deutschland e.V. die Ada-und-Theodor-Lessing-Volkshochschule Hannover, die Regionale Arbeitsgruppe Hannover von Gegen Vergessen – Für Demokratie und die Städtische Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Hannover.

Foto: Florian Grumblies, Städtische Erinnerungskultur Hannover

Einführung in die Ausstellung durch Ruth Ratter, Freundeskreis Givat Haviva Deutschland

Die Ausstellung wurde mit einem Grußwort von Klaus Scholz, Bürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, eröffnet. Er berichtete über die jahrzehntelange Partnerschaft zwischen der Region Hannover und der israelischen Region Untergaliläa einschließlich Schulpartnerschaften und regelmäßigen Jugendbegegnungen. Dazu wies er auf weitere städtische Projekte der politischen Prävention und Stärkung der Zivilgesellschaft hin. So ist für den Herbst 2019 die Eröffnung des aufwändig gestalteten Lernorts „Zeitzentrum Zivilcourage“ geplant – in zentraler Lage genau gegenüber dem Neuen Rathaus. Dort werden Opfer- und Täterbiografien aus der Hannoverschen Stadtgesellschaft im Nationalsozialismus dokumentiert. Unter dem Motto „Mitmachen oder widerstehen?“ sollen Handlungsspielräume von Menschen in Diktaturen ausgelotet und diskutiert werden – immer mit Blick auf das Heute und das eigene Verhalten.

Die Vorsitzende des Freundeskreises Givat Haviva Deutschland e.V., Ruth Ratter, lud zu einem Rundgang ein. Die Ausstellung besteht aus hohen Stelen, die zu Ausstellungsflächen verbunden sind. Ein zentraler Kubus zeigt anhand von Landkarten die Entwicklung Israels seit seiner Gründung, seine territoriale Ausbreitung vor und nach dem Sechstagekrieg 1967 und die Situation im besetzten Westjordanland. Zwei lange Reihen rechts und links davon schildern getrennt voneinander die palästinensische und jüdische Sicht auf die jeweils andere Seite. Die gegenseitigen Vorurteile, der Hass aufeinander, aber auch die Angst voreinander werden mit Bildern und Zitaten thematisiert. An der Stirnseite der Ausstellung, wo beide Seiten zusammentreffen, wird die vermittelnde Arbeit von Givat Haviva gezeigt: Zerrbilder verändern sich durch persönliche Bekanntschaften. Während ihrer Führung durch die Ausstellung wies Ruth »

Foto: Florian Grumblies, Städtische Erinnerungskultur Hannover

Besucher*Innen während der Eröffnung.

» Ratter auf das erfolgreiche Langzeitprojekt „Shared Communities" – Gemeindepartnerschaften zwischen jüdisch-israelischen und palästinensisch-israelischen Kommunen – sowie auf die jüngst gegründete englischsprachige Givat Haviva International School hin, in der arabische und jüdische Israeli zusammen mit Studenten aus der ganzen Welt zusammen lernen und wohnen.

Während der dreiwöchigen Laufzeit der Ausstellung wurden Vorträge angeboten, darunter zu einer aktuellen „Jugendstudie Israel" der Friedrich-Ebert-Stiftung, die in regelmäßigen Abständen Meinungsbilder von jungen palästinensischen und jüdischen Israelis erhebt. Leider waren – trotz breit verteiltem Flyer und Mails an alle Hannoverschen Schulen – unter dem Strich Resonanz und Besuch recht verhalten. Die anregendsten Diskussionen gab es mit Besuchern der Ausstellung, die Israel bereits einmal besucht hatten. ■

Infos und Kontakt zum Freundeskreis Givat Haviva Deutschland e.V.:
www.givat-haviva.net

Michael Pechel ist Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Hannover von Gegen Vergessen – Für Demokratie und im Freundeskreis Givat Haviva Deutschland.

RAG Nordhessen-Südniedersachsen

Hans-Peter Klein

Die Revolution rollt – nach Kassel

5. November 2018, 12:30 Uhr, Hauptbahnhof Kassel. Etwa 200 Menschen haben sich in der Eingangshalle des Kasseler Hauptbahnhofs eingefunden, um den Worten eines Matrosen zu lauschen, der von den Ereignissen in Kiel vom November 1918 berichtet.

Der Verein Weimarer Republik e.V." hat das Projekt „Die Revolution rollt" entwickelt, um damit an die Ereignisse vor 100 Jahren zu erinnern, die in Deutschland grundlegende politische und gesellschaftliche Veränderungen brachten und in ihrer Bedeutung als Aufbruch in die Demokratie einen wichtigen Beitrag zu unserer Demokratiegeschichte darstellen. Die revolutionären Ereignisse, die sich in den Hafenstädten Kiel und Wilhelmshaven an dem sinnlosen Sterben im Krieg und an den sozialen und wirtschaftlichen Notlagen und Ungleichheiten der Bevölkerung entzündeten, verbreiteten sich über das ganze Land. Die Eisenbahn spielte dabei eine wichtige Rolle: Die Revolutionäre reisten von Bahnhof zu Bahnhof, um die Forde-

Quelle: Broschüre von Wolfgang Matthäus: Kaiserstraße 13

Historisches Foto von der Ankunft der Kölner Matrosen im Kasseler Hauptbahnhof 1918.

rungen der Revolution zu verkünden und voranzutreiben.

Um dies erfahrbar zu machen und dabei außergewöhnliche Darstellungs- und Aktionsformen anzuwenden, reisten Anfang November 2018 Schauspieler und Mitarbeiter des Vereins Weimarer Republik e.V." auf insgesamt 17 Routen durch Deutschland und traten in Form historischer Flashmobs in über 40 Bahnhöfen auf. Unterstützt wurden sie dabei von Komparsen vor Ort, die die Redner durch Zurufe unterstützten und die Auftritte lebendig machten.

Als Kooperationspartner beteiligten sich an der Aktion in Kassel das Archiv der deutschen Frauenbewegung, die Regionale Arbeitsgruppe Nordhessen-Südniedersachsen des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und die Volkshochschule Region Kassel. Schon im Sommer wurden erste Kontakte geknüpft, dem folgten Treffen und Gespräche zur Vorbereitung. Dabei ging es etwa um die Auswahl eines geeigneten Ortes, die Suche nach Komparsen, um Öffentlichkeitsarbeit, Kooperation mit Veranstaltern weiterer Projekte zur Novemberrevolution in Kassel und das Ansprechen von Personen des politischen Lebens sowie Gremien und Parteien. Darüber hinaus wurden die lokal- und regionalgeschichtlichen Ereignisse der Novemberrevolution in Kassel recherchiert und in einem Flugblatt dokumentiert, das während der Aktion im Bahnhof verteilt wurde.

Die Schauspieler Sabine Wackernagel und Gregor Nöllen bei ihrem Auftritt.

Fotos: Wolfgang Matthäus

Erlebbare Geschichte in Kasseler Hauptbahnhof: der Flashmob erinnert an die Revolution von 1918.

Bereits im Januar 1918 hatten in den Kasseler Rüstungsbetrieben über 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gestreikt und sich in einer Versammlung den politischen und wirtschaftlichen Forderungen ihrer Berliner Kollegen angeschlossen. Die revolutionären Ereignisse entzündeten sich in Kassel am 9. November, als etwa 200 Matrosen aus Köln am Kasseler Hauptbahnhof eintrafen, die rote Fahne hissten, Soldaten entwaffneten und Militärgefangene aus mehreren Gefängnissen befreiten. Leitende Funktionäre der SPD hatten damit zwar nicht gerechnet, aber bereits am 8. November einen Forderungskatalog entwickelt und eine Versammlung auf dem Friedrichsplatz angekündigt. Die Soldaten bildeten gemeinsam mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern einen provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat, dessen Leitung aus drei MSPD-Funktionären, zwei USPD-Mitgliedern und zwei Soldaten bestand. Der Rat der Stadt und die Behörden unterstellten sich dem Arbeiter- und Soldatenrat mit der Maßgabe, die Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten und den Schutz des Eigentums zu gewährleisten. Daneben initiierte der provisorische Rat auch eine Zusammenarbeit mit dem Militär, das sich der Kontrolle des Rates unterstellte. In der Versammlung auf dem Friedrichsplatz wurde der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat widerspruchslos als Exekutive bestätigt. Die konstituierende Sitzung fand am 12. November 1918 statt. Die Delegierten wurden allerdings nicht in den Betrieben gewählt, sondern von den sozialdemokratischen Partei- und den Gewerkschaftsvorständen nominiert. Dabei überwogen in der Leitung des Rates MSPD-Mitglieder, der Rat verfolgte insgesamt eine gemäßigte Politik. Ruhe, Ordnung und Sicherheit standen oben an. Ein starkes Gegengewicht und letztendlich auch Nährboden der Konterrevolution bildete direkt danach am 13. November die Niederlassung der Obersten Heeresleitung unter der Leitung von Generalmarschall Paul von Hindenburg und Generalquartiermeister Wilhelm Groener in Kassel-Wilhelmshöhe.

Der Auftritt des Schauspielers Gregor Nöllen als Matrose bei dem Flashmob im Kasseler Hauptbahnhof am 5. November 2018 wurde von einer Gruppe mitspielender Komparsen unterstützt. Die Kasseler Schauspielerin Sabine Wackernagel erweiterte den Auftritt durch einen Beitrag zur Rolle der Frauen in der Revolution. Zu den zahlreichen Besuchern gehörten auch Ausbildungskräfte und eine Referendargruppe vom Studienseminar für Gymnasien in Kassel sowie zwei Schulklassen einer Kasseler Gesamtschule und eines Gymnasiums. Für sie war die Aktion im Hauptbahnhof mehr als Geschichtsunterricht im Klassenzimmer. Es war erlebbare und erfahrbare Geschichte aus der Zeit vor 100 Jahren, als in Deutschland die Demokratie erkämpft wurde: anschaulich dargestellt und lebendig vorgetragen. Die Ereignisse vom November 1918 sind nicht nur Bestandteil unserer Erinnerungskultur und Demokratiegeschichte, sie machen auch deutlich, dass demokratische Grundrechte nicht selbstverständlich sind, sondern durch Engagement und mit Opfern erkämpft wurden und immer wieder aktiv gegen Angriffe verteidigt werden müssen. Neben dieser Veranstaltung finden in Kassel noch bis Ende April 2019 zwei Ausstellungen im Stadt- und im Landesmuseum sowie mehrere Vorträge und Filmvorführungen statt. ■

Hans-Peter Klein ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Nordhessen-Südniedersachsen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

LAG Baden-Württemberg

Birgit Kipfer

Neue Orte des Gedenkens in Stuttgart: ehemalige Gestapo-Zentrale und NS-Justiz

Das Land Baden-Württemberg und speziell seine Landeshauptstadt Stuttgart haben sich bei der Aufarbeitung ihrer Geschichte während der NS-Diktatur über viele Jahre hinweg sehr schwer getan – ganz im Gegensatz zu vielen ehrenamtlich Aktiven, die in Stuttgart und vielen anderen Orten unseres Landes hervorragende Arbeit in der Erinnerungskultur leisten. Als gegen Ende des 20. Jahrhunderts das im Krieg weitgehend erhalten gebliebene Gebäude der ehemaligen Gestapo-Zentrale für Württemberg dem Neubau eines Kaufhauskomplexes weichen sollte, schlossen sich etliche private Initiativen, zu denen auch unsere Regionale Arbeitsgruppe Baden-Württemberg gehörte, zu einem machtvollen Bündnis zusammen. Ziel war es, das Gebäude des einstigen „Hotel Silber" – ganz früher ein über Württemberg hinaus bekannter Gastronomiebetrieb – zu erhalten und zu einem Lern- und Gedenkort über die in der NS-Zeit von hier ausgehende Terrorherrschaft zu entwickeln. In mühevoller, spannungsreicher Arbeit gelang es schließlich dieser Bürgerbewegung, die grün-rote Landesregierung der Jahre 2011 bis 2016 und die Stadt Stuttgart von der Notwendigkeit einer solchen Gedenkstätte zu überzeugen. Seit Dezember 2018 wird in einer 300 Quadratmeter großen Ausstellung mit eindrucksvollen Exponaten an diese schicksalsschwere Zeit erinnert.

Das Hotel Silber um 1900 vor der Zerstörung und heute als Lernort.

Fotos: Stadtarchiv Stuttgart/ Wikipedia/Medea 7

Der jahrelange Kampf zur Erhaltung des Hotel Silber veranlasste unsere Regionale Arbeitsgruppe dazu, die bisher brachliegende Geschichte der Strafjustiz der Stuttgarter Gerichte während der NS-Zeit zusammen mit dem damit betrauten Haus der Geschichte des Landes Baden-Württemberg zu erforschen und durch eine entsprechende Dauerausstellung zu dokumentieren. Namentlich unser früherer RAG-Sprecher Alfred Geisel und unser Mitglied Fritz Endemann, Verwaltungsrichter a. D., sind die Initiatoren der über dreijährigen Forschungsarbeit. Die intensiven Nachforschungen förderten zu Tage, dass in der NS-Zeit allein vom Sondergericht Stuttgart wegen zum Teil geringfügiger Delikte 142 Todesurteile verhängt wurden, denen noch 14 Todesurteile der Strafsenate des Oberlandesgerichts Stuttgart hinzuzufügen sind. Die Grausamkeit der von der NS-Ideologie beherrschten Justiz zeigte sich daran, dass von 1934 bis zum August 1944 in einem Lichthof des Stuttgarter Justizareals 423 Menschen durch das Fallbeil ermordet wurden. Im Herbst 1944 wurde das Areal vollständig zerstört. An das Schicksal der NS-Justizopfer wurde bisher nirgendwo erinnert.

In mehr als siebenjährigen intensiven Bemühungen gelang es schließlich den beiden Initiatoren, die Justizverwaltung und die betroffenen Gerichte zu überzeugen, ein würdiges Gedenken an diese Verbrechen im jetzigen Gerichtsareal zu ermöglichen. Die am 29. Januar 2019 eröffnete Dauerausstellung gedenkt in einem ersten Teil der mehr als 70 Richter, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft oder ihrer

Fotos: Birgit Kipfer

Ausstellungstafeln im heutigen Gerichtsareal in Stuttgart.

politischen und religiösen Überzeugung Opfer der Säuberungsaktionen der Nazis wurden. Im zweiten Teil der Ausstellung wird anhand markanter Beispiele die zunehmende Radikalisierung der NS-Strafjustiz und der daran beteiligten Richter und Staatsanwälte dokumentiert. Etliche von ihnen haben unmittelbar nach dem Krieg aufgrund dubioser „Persilscheine" wieder bemerkenswerte Karrieren im Justizdienst des Landes gemacht. Der 423 getöteten Opfer wird namentlich auf drei an markanter Stelle vor dem Gerichtsgebäude errichteten Stelen gedacht.

Eine Besonderheit der Dauerausstellung ist der Ort ihrer Präsentation: die Flure vor den Gerichtssälen, wo sich das tägliche Geschehen des Gerichtsbetriebs abspielt. Darauf wies Alfred Geisel in seiner Einführungsrede am 29. Januar mit besonderem Nachdruck hin. Hier werde „der himmelweite Unterschied" zwischen der damaligen menschenverachtenden Willkürpraxis und unserer heutigen von rechtsstaatlichen Prinzipien geprägten Rechtsprechung deutlich. Gleichzeitig sei die Ausstellung an eben diesem Ort eine verpflichtende Mahnung an jede hier tätige Richterpersönlichkeit, welch hohe ethische Verantwortung sie bei ihrer nur an Gesetz, Recht und das eigene Gewissen gebundenen Rechtsprechung trage.

Jeder, den es nach Stuttgart führt, sollte sich neben dem Hotel Silber unbedingt auch diese Dauerausstellung vor und im Gebäude des Landgerichts Stuttgart, Urbanstraße 20, ansehen. ■

Die Ausstellung erinnert an verfolgte Juristen während der NS-Zeit.

Birgit Kipfer ist Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Augsburg

Stefan Mack

Liebesbriefe von der Front: Über den Alltag der Menschen im Ersten Weltkrieg

Foto: Jan Hondelink

Reinhold Lenski stellte das Ausstellungskonzept vor.

2018 jährte sich zum 100. Mal das Ende des Ersten Weltkrieges. Die RAG Augsburg-Schwaben hat gemeinsam mit dem Evangelischen Forum Annahof mit einer Ausstellung an diesen Jahrestag erinnert. Zum Ersten Weltkrieg gab es im vergangenen Herbst in den einschlägigen Medien viel zu lesen und zu sehen. Oftmals sind es die harten Fakten, die das große Ganze beleuchten: 40 Staaten beteiligten sich am bis dahin umfassendsten Krieg der Geschichte, insgesamt standen annähernd 70 Millionen Menschen unter Waffen. Der Erste Weltkrieg forderte unter den Soldaten fast zehn Millionen Todesopfer und etwa 20 Millionen Verwundete. Die Anzahl der zivilen Opfer wird auf weitere sieben Millionen geschätzt. Die erste deutsche Demokratie war durch den Ersten Weltkrieg schwer belastet.

Diese Fakten sind den meisten bekannt. Wie aber war der Alltag der Menschen damals? Welche Nöte und Ängste hatten sie? Was waren die größten Herausforderungen? Antworten auf diese Fragen gab die Ausstellung in Augsburg. Sie beschäftigt sich mit zwei Städten, die heute Partnerstädte und gut befreundet sind: Bobingen südlich von Augsburg und Aniche im Norden Frankreichs. Der Bobinger Heimatverein hat in Archiven geforscht und Beeindruckendes und Bewegendes gefunden. Die Dokumentation umfasst unter anderem Sterbebilder von Gefallenen und Briefe, die vom Alltag während des Krieges in Bobingen berichten. Zudem hoch emotionale Briefe der Soldaten, die sie von der Front nach Hause an ihre Familien schickten.

Auf 60 Tafeln sind die Verwüstungen, die die deutschen Soldaten in Frankreich hinterließen, ebenso dargestellt wie die Situation in Bobingen – einer Stadt ohne Männer, mit wachsender Not in der Bevölkerung. Treibende Kraft hinter der Ausstellung war der ehemalige Bobinger Kulturreferent Reinhold Lenski. Das Mitglied des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. erläuterte zur Eröffnung im vollen Saal des Annahofs das Konzept der Ausstellung und diskutierte mit dem Journalisten Werner Reif über die Frage der Kriegsschuld. Vor Ort war auch Bernd Müller, Erster Bürgermeister von Bobingen. Die Ausstellung war vier Wochen lang im Evangelischen Forum Annahof zu sehen. ■

Stefan Mack ist Vorstandsmitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Augsburg-Schwaben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Marcus Bürzle

Der Mann, der die Welt zusammen bringt

Streit, Ausgrenzung, Kriege: Weltweit kommt es zwischen Gruppen, Nationen und Religionen zu Spannungen. Wie Gottfried Morath mit jungen Leuten in Augsburg einen Kontrapunkt setzen möchte.

Es gab einen besonderen Moment, in dem alles anfing. Gottfried Morath, 69, hörte in der Synagoge zu, als Rabbiner Henry G. Brandt aus seinem Leben berichtete. Es war traurig und beeindruckend, erinnert sich der Gögginger. Und dann sah er plötzlich unter den Zuhörern zwei junge Frauen mit Kopftuch. Morath dachte: „Ja super, da sind zwei muslimische Frauen ganz ohne Aufsehen in der jüdischen Synagoge." Die Idee war geboren und etwa zwei Jahre später lebt sie im katholischen Jugendheim in Hochzoll schon zum sechsten Mal auf.

Foto: Sabine Roth

Gottfried Morath freut sich über eine rege Diskussionsrunde zur Demokratie mit den Teilnehmern Ramona Strobel und Asya Mural vom Holbeingymnasium, Nahost-Wissenschaftler Maximilian Feldmann, Yonatan Shay, Gesandter der Jewish Agency, Sam Longlet aus den USA, Moderator Daniel Leichtle, Toby Jones aus Australien und Rezwan Shaheedi aus Afghanistan.

Sieben junge Menschen sitzen im Halbkreis zum Jugendgespräch. Christen, Juden und ein Muslim. 17 bis 31 Jahre alt. Jeder Kontinent ist vertreten. Der 18 Jahre Tobi Jones hatte als Australier die weiteste „Anreise"; er ist derzeit als Austauschschüler in der Stadt ebenso wie Sam Longlet, 17, aus den USA. Rezwan Shaheedi aus Afghanistan hat den Platz neben dem Israeli Yonatan Shay und dem Deutsch-Juden Maximilian Feldmann. Vom Holbein-Gymnasium sind Ramona Strobel und Asya Vural gekommen. Noch bevor sie das erste Wort zum Thema „Demokratie" wechseln, hat der öffentliche Diskussionsabend schon das erreicht, was sich Gottfried Morath vorgenommen hat.

In Zeiten des Gegeneinanders, Ab- und Ausgrenzens möchte er zeigen: „Schaut her, so unterschiedliche Leute kommen zusammen, kommen miteinander aus, streiten nicht, sondern diskutieren respektvoll." Der ehemalige Steuerberater ist kein Träumer. „Ich weiß, dass das nicht groß etwas verändern wird." Aber er will es zumindest probieren. Debatten der Jugendlichen in ganz unterschiedlicher Besetzung über Integration, Europa, Weltfrieden und Überbevölkerung haben ihm schon eines gezeigt: „Da ist keine Besorgnis da." Die jungen Leute, meistens sind es immer neue Teilnehmer, schauen trotz aller Sorgen mit Zuversicht nach vorne, erzählt Morath. Und wie ist das mit Blick auf die Demokratie, über die Yonatan, Mitarbeiter der jüdischen Migrantenorganisation Jewish Agency, sagt: „Wir Menschen haben bislang kein besseres System erfunden." Moderiert von Daniel Leichtle nähern sich die Diskutanten aus ganz unterschiedlichen Richtungen an das wohl klingende und doch abstrakte und gefährdete Wort „Demokratie" an.

Für Rezwan, den anerkannten Flüchtling aus Afghanistan, hat Demokratie viel mit Frieden zu tun. Kein Wunder. „Seit ich lebe, herrscht in meiner Heimat Krieg." Die jüdischen Vertreter sind stolz auf die israelische Demokratie, die in der Region eine Ausnahme bildet. Sie blicken genau auf Deutschland. Yonatan sieht mit Sorge neuen Antisemitismus, doch Maximilian, 26, sagt auch: Wenn in Deutschland eine Partei rechts der Mitte auftauche, sei das kein „Weltuntergang". Die Deutschen seien heute gefestigt in der Demokratie – auch wegen der Erinnerung an die Schrecken der NS-Zeit. Und während die beiden deutschen Vertreterinnen unter anderem den großen Einfluss der (Automobil-)Wirtschaft beklagen, kämpft Australien mit vielen politischen Wechseln, erzählt Tobi. Sam, der Amerikaner verfolgt etwas besorgt, was in seiner Heimat passiert. Und er weiß: „Ich werde immer wählen gehen" Sie liefern sich keine Diskussionen, aber es entsteht dennoch ein Bild davon, wie vielfältig die Welt und der Blick auf die Demokratie sind. So hat sich Gottfried Morath das vorgestellt. Er ist schon lange dabei, wenn es darum geht, Menschen zusammen zu bringen und sich für andere einzusetzen. ■

Der Artikel erschien zuerst in der Augsburger Allgemeinen. Wir danken dem Autor und der Zeitung für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

RAG Böblingen-Herrenberg-Tübingen

Käthe Ruess

Zwei neue Mahnmale wider das Vergessen

Beim ehemaligen KZ-Außenlager Hailfingen-Tailfingen gibt es neue Gedenksteine, die das Gedächtnis an die Opfer wachhalten sollen.

Das freigelegte Fundament und zwölf Betonpfeiler, die in den Himmel ragen, markieren die quadratische Struktur der einstigen Flugzeughalle. Bei diesen Hangar- Überresten am Rand des ehemaligen KZ-Außenlagers Hailfingen- Tailfingen wurden jetzt drei „Denk-Pfeiler" und eine Skulptur eingeweiht.

TAILFINGEN. Das Pfeiler-Trio auf der Westseite der Anlage hat der Rottenburger Ralf Ehmann in ein Denkmal umgewandelt: „Jeder Mensch hat einen Namen" steht nun da in metallenen Lettern auf Englisch, Französisch, Griechisch, Hebräisch, Italienisch und Russisch. Die Sprachen seien „exemplarisch ausgewählt" worden, betont der Künstler. „Mit den drei Denk-Pfeilern wollen wir an alle - bisher noch - Namenlosen erinnern", betonte Harald Roth vom Gedenkstättenverein, der dem Künstler hilfreich zur Seite gestanden ist.

Trotz intensiver Recherchen sind viele der knapp 2000 Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und anderen Häftlingen noch immer namenlos. Dies sei Aufforderung und Verpflichtung, auch für die Jüngeren, die Nachforschungen fortzuführen: „Die Namen aller Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung müssen dem Vergessen entrissen werden."

Dass in die Forschung über siebzig Jahre nach Kriegsende immer wieder neue Bewegung kommt, machten die drei Ehrengäste deutlich: der ehemalige griechische Zwangsarbeiter Nikolaos Skaltsas, dessen Sohn Giorgos sowie Theodoros Adamakopoulus, dessen Vater ebenfalls Zwangsarbeit auf dem Hailfinger Flugplatz verrichten musste. Der Kontakt zu den Gästen kam über den ebenfalls bei der Einweihung anwesenden griechischen Historiker Iason Chandrios zustande. Er hatte 2015 im Archiv des Griechischen Roten Kreuzes die vollständige Namensliste aller im August 1944 nach Deutschland deportierten 1040 Griechen entdeckt.

Fotos: Harald Roth

Die Gedenkpfeiler am ehemaligen Hangar.

Wie die KRZ berichtete, besuchte der heute 91-Jährige Nikolaos Skaltsas zum ersten Mal seit seiner Befreiung am 23. April 1945 Deutschland und kehrte zurück an den Hailfinger Flugplatz, den er selbst als „Hölle" bezeichnet. Die Geschichte seiner Deportation, die am 9. August 1944 mit einer Razzia von deutschen Besatzern und griechischen Kollaborateuren in seinem Stadtteil in Athen begann, hatte Schüler des Rottenburger Paul-Klee-Gymnasiums zu einer spontanen Aktion bewegt: Sie

Jeder Mensch hat einen Namen...Buchstaben aus Metall vor der Befestigung an dem neuen Denkmal.

hatten alle Namen weiterer Zwangsarbeiter, an die er sich noch erinnert, auf große Steine geschrieben und sie links und rechts neben der von ihnen gestalteten Skulptur platziert. Symbolisch wollen sie mit dieser bildlich den „Mantel des Schweigens" zerreißen, indem zwei in Beton gegossene Hände Stacheldraht, der für Gefangenschaft steht, fest umfassen und diesen auseinanderziehen. Nicht nur mit diesem dauerhaften Kunstobjekt setzten die Schüler ein Zeichen, sondern auch mit vier großformatigen Porträts ehemaliger jüdischer Häftlinge, die sie entrollten.

An die insgesamt 601 jüdische Häftlinge, von denen die meisten das KZ-Außenlager oder die anschließenden Todesmärsche nicht überlebten, erinnert bereits seit 2010 ein Mahnmal am Westende der ehemaligen Startbahn, auf dem die Namen jedes einzelnen Toten und Überlebenden vermerkt sind. Für die Angehörigen sei diese Wand oft der einzige Erinnerungsort, an dem die Namen vermerkt seien, betonte Roth.

Alpträume als immer wiederkehrende Plagegeister

Volker Mall und Norbert Füssinger umrahmten die Zeremonie der Enthüllung mit stimmig ausgesuchten Liedern. Mahnmal, Gedenkpfad, der Dokumentationsraum im Tailfinger Rathaus und die Flugzeughalle sollen die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus wachhalten und mahnende Zeichen setzen. „So etwas darf es nie wieder geben", erklärte Christel Halm, die Bürgermeisterin der Gemeinde Ammerbuch, auf derer Gemarkung die Flugzeughalle liegt. Sie unterstrich die Bedeutung der Gedenkstätte, um den nachfolgenden Generationen die Schrecken des Nationalsozialismus nahezubringen.

Ein Anliegen, das auch Ralf Ehmann verfolgt: Die gesetzten Zeichen müssten den Weg zu den jungen Menschen finden, damit sich die Geschichte nicht wiederhole.

Am eindrücklichsten gelingt das zweifellos durch Zeitzeugenberichte, wie dem von Nikolaos Skaltsas. Er berichtete in den Hangar-Ruinen zum wiederholten Mal bei seinem Besuch im Gäu mit Hilfe einer Übersetzerin detailliert über Deportation, harte Arbeit, Hunger, Todesangst, aber auch kleine menschliche Gesten.
Wie tief sich diese Erinnerungen ins Gedächtnis eingegraben haben, machte auch eine kurze Schilderung von Theodoros Adamakopoulus über seinen Vater Panagiotis deutlich: Dieser sei nicht nur körperlich durch Tuberkulose, an der er über zehn Jahre nach der Rückkehr nach Griechenland gelitten habe, gezeichnet gewesen, sondern auch psychisch: Wegen schlimmer Alpträume habe man ihn in den ersten Jahren zu seiner eigenen Sicherheit ans Bett fixieren müssen, berichtete der Sohn. Zwar habe die Häufigkeit der Alpträume mit der Zeit nachgelassen, aber er sei immer wieder, bis zu seinem Tod im Jahr 2006, von ihnen heimgesucht worden. ■

Der Artikel erschien zuerst in der Kreiszeitung „Böblinger Bote". Wir danken der Autorin und der Zeitung für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

Volker Mall

Nach 75 Jahren geklärt: Die Herkunft von Kriegsgefangenen aus Indien

Im KZ-Außenlager auf dem Flugplatz in Hailfingen tauchten am 10. Februar 1945 aus Indien beziehungsweise Pakistan stammende britische Kriegsgefangene auf. Vermutlich kamen sie vom Stammlager (Stalag) VB Villingen aus hierher. Die genaue Herkunft der Soldaten blieb zunächst ungeklärt. Doch nun konnten wir das Schicksal eines Kriegsgefangenen mit Namen Mardan Desil nachverfolgen. Im Folgenden der Rechercheverlauf in Schlaglichtern:

Der griechische Zwangsarbeiter Eduard Rock-Tabarowski erinnerte sich in einer späteren Zeugenaussage und in Briefen an die Neuankömmlinge auf dem Flugplatz:

„Unmittelbar nach dem Abtransport der Juden kamen unter der Bewachung von Infanteristen zwischen 200 und 400 ~~engl.~~ indische [durchgestrichen und handschriftlich verbessert, Anm. d. R.] Kriegsgefangene, welche 1942 während des Afrikafeldzugs gefangen genommen worden waren, nach Hailfingen und übernahmen das Lager. […] Die Kriegs- »

Quelle: Archiv KZ Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen

Das sogenannte Indergrab auf dem Friedhof von Tailfingen an der Mauer hinter dem Holzkreuz.

» *gefangenen Inder kamen meiner Erinnerung nach Anfang März oder April 1945 weg".*

Laut Rock-Tabarowski wurden die Soldaten vom Internationalen Roten Kreuz gut versorgt.

Das berichtete auch Eugen Schmid in einem Interview, der von 1975 bis 1999 Oberbürgermeister von Tübingen war. Als Kind war er den Kriegsgefangenen begegnet:
„Wir Kinder sind da hingegangen und haben die Leute bestaunt. Die waren in ihren Uniformen, die mussten nichts arbeiten, denen ging es sichtlich gut. Wir haben den Gefangenen Brot gebracht und haben dafür Schokolade bekommen. Daraus konnten wir entnehmen, dass diese Gefangenen wohlversorgt waren. Hinterher haben wir erfahren, dass sich das [I]nternationale Rote Kreuz wohl um diese Gefangenen gekümmert."

Die britischen Kriegsgefangenen wurden in den umliegenden Orten nur „die Inder" genannt. Sie wurden im Hangar untergebracht, der von den jüdischen Häftlingen geräumt worden war. Die „Inder" mussten auf verschiedenen Baustellen arbeiten, unter anderem wohl beim Bau von Flugzeughallen.

Rock-Tabarowski schrieb in einem Brief, dass einer der Soldaten bei einem Fliegeralarm gestorben war:
„Er hat einen Beinschuß bekommen. Man hat ihn auf einen Waggon der Feldbahn aufgeladen und zurückgefahren und da hab ich ihn gesehen, ganz voll mit Blut."

In einer Gräbermeldung von 1946 bestätigt der damalige Bürgermeister von Tailfingen:
„Der Inder ist bei einem Fliegerangriff tödlich verwundet worden. Seine Kameraden hatten ihn am Ostermontag [2. April 1945, Anm. d. R.] morgens um 7 Uhr beerdigt. Die ganze Kompanie war dabei und er wurde mit allen Ehren beerdigt. Auf dem Grab ist ein Kreuz. Die Gemeinde hält das Grab in Ordnung."

Offenbar wurde das Opfer später umgebettet. Martin Lunitz, Geschäftsführer des Landesverbandes Baden-Württemberg des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge, e.V. vermutete die neue Grabstätte auf dem Durnbach War Cemetry im Ortsteil Dürnbach der Gemeinde Gmund am Tegernsee. Benno Eisenburg aus Gmund suchte für uns im Mai 2017 nach dem Namen Desil auf diesem Friedhof, ohne Ergebnis.

Auch Anfragen bei der Commonwealth War Graves Commission und beim Britischen Konsulat in Stuttgart blieben ohne Erfolg. Wir forschten weiter, befragten das Imperial War Museum, das British Red Cross Museum und die UK National Archives sowie das Militärarchiv Freiburg. Niemand konnte helfen.

Im Januar 2018 fand schließlich die Archivarin Debora Fabriz im Öschelbronner Rathauskeller eine Gräberliste (Einzelgräber) der Kriegsopfer des Zweiten Weltkriegs 1939 bis 1945, erstellt am 12. Februar 1948 vom damaligen Tailfinger Bürgermeister Christian Kienzle. Dort steht in Sütterlin:

Name Mardan Desil Geburt Indien Geburtsdatum unbek. Wohnort Flugplatz Todestag 31. 3. 1945 Todesort Flugplatz Tag der Beisetzung Ostermontag 2. 4. 1945. Sonderplatz Nr. 2.

Nun fand Martin Lunitz vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge einen Treffer auf dem Commonwealth Friedhof Dürnbach. Das Todesdatum 31. März 1945 passte, nur der Name nicht. Dort war statt Mardan Desil der Name Mir Akbar notiert.

Konrad Pflug von der Landeszentrale für politische Bildung wies uns darauf hin, dass Mardan ein Ort im heutigen Pakistan ist und einen Hinweis auf die Herkunft des „Inders" geben könnte. Eine Publikation über die Indische Armee im Westen half uns weiter. Der Mitautor Steve Rothwell gab uns umfassend Auskunft.

Demnach war Mardan Desil wahrscheinlich Mir Akbar, der Sohn von Sabar Jan von Mayar aus Mardan (heute Pakistan). Er diente im 4. Bataillon des 10. Baluch Regiments. Dieses Regiment war von

Der Eintrag vom Commonwealth Friedhof Dürnbach lautet auf den Namen Mir Akbar. Bei ihm handelte es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um die gleiche Person, die in Tailfingen als Mardan Desil geführt wurde.

1922 bis 1947 Teil der British Indian Army und wurde nach der Unabhängigkeit und Teilung Indiens 1947 in die pakistanische Armee übergeführt. Heute nennt es sich Baluch Regiment. Es kämpfte in Nordafrika und später in Italien. Als Teil der 5. Indischen Infanterie-Division war es im Mai und Juni 1942 an der Gazala-Schlacht („Unternehmen Theseus") beteiligt. Danach kämpfte es mit der 10. Indischen Infanterie-Division ab März 1944 in Italien.

Vermutlich kam Mardan Desil 1942 in Nordafrika in italienische Kriegsgefangenschaft. Nach Italiens Kapitulation im September 1943 transportierten die Deutschen alle alliierten Kriegsgefangene in deutsche Lager. Von September 1944 bis März 1945 war Mardan Desil im Stalag VC in Offenburg oder eher im Frontstalag 194, das dort vom September 1944 bis zur Befreiung Offenburgs am 15. April 1945 bestand. Dort waren 1944 rund 900 indische Kriegsgefangene. Der Lagerbereich Offenburg von Stalag VC wurde am 24. November 1944 durch Luftangriff zerstört und die Reste des Lagers mit Kriegsgefangenen in den Lagerbereich Villingen des Stalag VB verlegt. Von dort kam Mardan Desil im März 1945 auf den Hailfinger Flugplatz, wo er am 31. März 1945 bei dem erwähnten Fliegerangriff ums Leben kam.
Die verschiedenen Namen erklären sich wahrscheinlich damit, dass männliche pakistanische Namen aus religiösen, persönlichen und Familiennamen bestehen, die in beliebiger Reihenfolge kombiniert werden können. Manchmal wird der Familienname weggelassen. „Mir" ist oft ein Titel. Akbar war möglicherweise sein muslimischer Name. Mardan könnte von der Herkunftsstadt abgeleitet worden sein.

Uns hat der Fall geholfen, etwas mehr über die „indischen Kriegsgefangenen" auf dem Hailfinger Flugplatz in Erfahrung zu bringen. ■

Volker Mall ist Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Böblingen-Herrenberg-Tübingen und Mitinitiator der Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen.

Der 80. Jahrestag der Pogromnacht am 9. November 1938 war für zahlreiche Regionale Arbeitsgruppen ein besonderer Tag des Gedenkens. Hier stellvertretend drei Berichte aus Hessen und Baden-Württemberg

LAG Baden-Württemberg

Karin Strympe

„Was haben wir aus der Geschichte gelernt?"

Erinnerungsprojekt an Stuttgarter Schulen

Mehr als 30 Stuttgarter Schulen beteiligten sich an einem Erinnerungsprojekt zum 80. Jahrestag der Pogromnacht, das von der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg und der Stadt Stuttgart zusammen mit den beiden Jugendhilfeträgern „Lernort Geschichte" und Stadtjugendring Stuttgart initiiert worden war. Über 30 zivilgesellschaftliche Organisationen hatten sich bereit erklärt, an jenem denkwürdigen Tag in je einer Schule ein Projekt durchzuführen, darunter auch die Landesarbeitsgruppe Baden-Württemberg des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie, die mit dem traditionsreichen Stuttgarter Eberhard-Ludwig-Gymnasium kooperierte.

Die Zusammenarbeit unserer beiden Mitglieder Karin Strympe und Angela Rabini mit den Lehrkräften und der Schulleitung erstreckte sich von der Erarbeitung eines Konzeptes für Unterrichtseinheiten einzelner Klassenstufen bis hin zur Planung und Organisation einer Podiumsdiskussion. In der Zeit vom 5. bis 7. November 2018 gestalteten sie zusammen mit den zuständigen Lehrkräften jeweils Doppelstunden in den Klassen der Stufe 9 sowie in den Neigungskursen Geschichte der Oberstufe.

Das Herzstück der Doppelstunde bildete die Lesung eines Textes von Erich Kästner, den Schülern bestens als Autor von Kinder- und Jugendbüchern bekannt. Für viele Schüler war hingegen die Tatsache neu, dass Erich Kästner ein kritischer Beobachter seiner Zeit war und sich dies in seinen Veröffentlichungen auch niedergeschlagen hat. Kästner, der von 1931 bis 1944 in einer Seitenstraße des Kurfürstendamms in Berlin wohnte, schilderte seine Erlebnisse in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 in seiner „Nacht der Scherben". Für die Schüler zeigte sich in diesem eindrucksvollen Text die ganze Brutalität, mit dem das Nazi-Regime hier gegen die jüdische Bevölkerung vorgegangen war. Neben konkreten Schilderungen der Ereignisse in der Pogromnacht 1938 auf dem Kurfürstendamm in Berlin finden sich im Text auch wichtige Deutungen Kästners zu »

Foto: Jochen Schalt

Die Podiumsdiskussion am Eberhard Ludwig Gymnasium in Stuttgart.

» den Ereignissen und zur Gesamtsituation im Deutschen Reich dieser Zeit wieder. Vor allem seine Sicht auf die „Umwertung aller Werte" führte bei den Schülern zu reichlich Diskussion über die Situation der Menschen im Dritten Reich. Vor allem die Rolle des Gewissens und die Ausweglosigkeit, in der sich viele Menschen damals befanden, wurde ausgiebig diskutiert.

Sehr bewegt waren die Schüler auch, als sie erfuhren, dass Erich Kästner selbst von den Repressalien der Nationalsozialisten betroffen war. Kästner war Zeuge der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 auf dem Opernplatz in Berlin und musste mit ansehen, wie seine Schriften ins Feuer geworfen wurden. Er wurde während seiner Zeit in Berlin mehrfach verhaftet und konnte zeitweise nur unter Pseudonym veröffentlichen.

Am Vorabend des Gedenktages fand in der Aula des Eberhard-Ludwig-Gymnasiums eine von Schülern und Schülerinnen geleitete Podiumsdiskussion statt. Die Podiumsgäste gehörten mehreren Generationen an und hatten ganz unterschiedliche biografische Hintergründe. Auch Birgit Kipfer nahm daran teil, die Sprecherin der RAG Baden-Württemberg.

Unser Fazit: Jeder noch so kleine Baustein, jede noch so kleine Aktion hilft, die Erinnerung an die Vergangenheit zu bewahren und die Gegenwart reflektiert wahrzunehmen und zu gestalten. ■

Aus ihren Eindrücken von der Erich-Kästner-Lesung und der anschließenden Diskussion in Stuttgart entwickelten die Jugendlichen Statements wie die folgenden:

REFLEXION SCHÜTZT VOR MANIPULATION.

Toleranz und Akzeptanz sind die besten Mittel gegen Extremismus.

Man lernt aus Erinnerung, denn: Es kann falsch laufen, wenn man den falschen Leuten glaubt.

Wir lernen aus der Geschichte und schreiten aktiv gegen Extremismus ein.

Wissen, Verständnis und Aufklärung über die Vergangenheit helfen, Fehler in der Gegenwart zu vermeiden.

Karin Strympe ist Mitglied im Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Rhein-Main

Hans Josef Becker

„Ich wollte, ich wäre nicht zur Welt gekommen“

So endete das Leben eines jüdischen Ehepaares: Am 18. August 1942 erreichte Meier und Elise Grünbaum die behördliche Anordnung zur „Abwanderung“. Mit einem Großtransport wurden die Eheleute nach Theresienstadt gebracht, wo Meier schon am 3. September wegen „Darmkatarrh und Herzschwäche“ starb – wie die Naziärzte dies gerne schrieben. Für Elise hatte das schmachvolle Leben seinen Sinn verloren. Sie setzte ihrem Leben selbst ein Ende.

Die Autorin Inge Geiler las anlässlich des Gedenktags zur Reichspogromnacht aus ihrem Werk „Wie ein Schatten sind unsere Tage“. Es geht um die Geschichte der weitverzweigten Familie Grünbaum, aber auch um die Beschreibung eines für viele Menschen grausamen Alltages während der NS-Zeit. 100 Gäste nahmen auf Einladung der Vereine Memor und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sowie weiterer Partner an der Lesung teil. Vor den Zuhörern im Gymnasium Gernsheim (Kreis Groß-Gerau), meist Schülern, sagte die Autorin, ihr Buch sei auch als Signal an die junge Generation zu verstehen: „Es ist eine Aufforderung zu höchster Wachsamkeit und Zivilcourage, Stellung zu beziehen gegen Intoleranz, Hass, Gewalt, Gedankenlosigkeit und gefährliche Parolen.“

Über Elise Grünbaum sagt sie in ihrem Buch: „Mit ihrem selbstbestimmten Tod bewahrte sich diese mutige, starke Frau einen letzten Rest ihrer menschlichen Würde.“

Ein Zufall lieferte den Anstoß für das 500-Seiten-Werk: Bei Renovierungsarbeiten in ihrem Wohnzimmer entdeckte Inge Geiler in einer Wandverkleidung ein Bündel Papiere – lose Zettel, Fotografien, Zeitungen, Postkarten, dazu 44 an das Ehepaar gerichtete Briefe. „Leute ich bin zu unglücklich, ich wollte, ich wäre nicht

Foto: haza-foto

Inge Geiler während der Lesung aus ihrem Buch über die Familie Grünbaum.

zur Welt gekommen“, las sie auf einem der Papierfetzen. Auf einem anderen stand: „Leute was soll ich nur machen, ich bin völlig wertlos, wertlos.“ Es ist die verzweifelte Klage eines zutiefst gedemütigten, entrechteten und seiner Würde beraubten Menschen.

20 Jahre lang fand die 1933 in Mainz geborene Frankfurterin nicht den Mut, das Thema anzugehen. Gespräche und die Bekanntschaft mit dem Verlegerpaar Schöffling gaben den Anstoß: Inge Geiler recherchierte, setzte Stück für Stück das Bild einer großen Familie zusammen. Dabei kamen ihr Erinnerungen aus der Kindheit in den Kopf: „Mama, was tragen die für komische Broschen?“ Etwa sechs Jahre alt war Inge, als ihr Männer, Frauen und Kinder mit Judenstern begegneten. „Das sind ganz arme Menschen, ich erkläre es dir später einmal.“

Jetzt war es an Inge Geiler, zu erklären, was damals war – und was wieder passieren könnte, wenn keine Achtsamkeit herrscht und Wähler in Deutschland sich politisch nach rechts orientieren. So stellte die Autorin vor den Zuhörern dar, welchen Erschwernissen und Demütigungen die Menschen jüdischen Glaubens ausgesetzt waren: Boykott der Geschäfte, Entfernung von Juden aus Wirtschaft und öffentlichem Dienst, Auferlegung einer Reichsfluchtsteuer, Aberkennung der Reichsbürgerschaft, Verbot der Telefonbenutzung, Ungültigkeitserklärung der Führerscheine, Ausschluss jüdischer Kinder von deutschen Schulen. Der Abbruch persönlichen Verkehrs mit Juden wurde zur „moralischen und völkischen Pflicht“.

Dann das Fanal der Pogromnacht vom 9. zum 10. November 1938. Inge Geiler schilderte den ungezügelten Hass nationalsozialistischer Horden und das Wüten der „Volksmassen“. Max Stein, Neffe der Grünbaums, wurde nahezu totgeprügelt, seine Wohnung kurz und klein geschlagen. Das 80-jährige Ehepaar Grünbaum war derweil nach Frankfurt am Main gezogen, von wo aus es schließlich ins KZ deportiert wurde.

Gräber haben Meier und Elise Grünbaum nicht. Neben Inge Geilers Buch erinnern Stolpersteine in Wiesbaden an sie und die Gedenkstätte Neuer Börneplatz in Frankfurt. Das Buch endet mit einem Kaddisch: „Oh, Herr der Barmherzigkeit, nimm sie in den Schutz der Fittiche der Ewigkeit und mögen ihre Seelen aufgenommen werden im Bund des Lebens […] mit allen frommen Männern und Frauen, denen Seligkeit zuteil geworden ist im Garten Eden.“ ■

Hans Josef Becker ist Mitglied des Vereins Memor Gernsheim und regelmäßiger Kooperationspartner der RAG Rhein-Main.

RAG Südhessen

Jutta Smirnov, Leonie Otters und Marcel Hanitzsch

„Antisemitismus ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit“

Im schönsten Hörsaal der TU Darmstadt, im Maschinenbauhaus, kehrt langsam Ruhe ein. Über 350 Schülerinnen und Schüler, Studierende, Gäste und Akteure sitzen gespannt auf ihren Plätzen und warten auf den Beginn der Veranstaltung. Schülerinnen und Schüler sowie Studierende aus ganz Darmstadt haben sich zusammengefunden, um an die Novemberpogrome von 1938 zu erinnern. An diesem 16. November 2018 werden auch die Ergebnisse des interdisziplinären Erinnerungsprojektes präsentiert, das Schulen aus Darmstadt und Umgebung, das Zentrum für Lehrerbildung an der TU Darmstadt und das Studienseminar Gymnasium erarbeitet haben.

Quelle: Bertram Noback

Rede des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Darmstadt, Daniel Neumann, am 16. November 2018 vor rund 350 Jugendlichen im Maschinensaal der TU Darmstadt. In der ersten Reihe – von links: Dr. Bertram Noback, Initiator des Projekts; Lehrer an der Stadtteilschule Arheilgen und Lehrbeauftragter am Institut für Geschichte der TU Darmstadt; Oberstudienrätin Christine Preuß, Leiterin des Zentrums für Lehrerbildung an der TU Darmstadt; Prof. Dr. Ing. Ralph Bruder, Hauptamtlicher Vizepräsident der TU Darmstadt für Studium, Lehre und wissenschaftlichen Nachwuchs; Jochen Partsch, Oberbürgermeister der Wissenschaftsstadt Darmstadt.

Neben Christine Preuß, Leiterin des Zentrums für Lehrerbildung, Jochen Partsch, Oberbürgermeister von Darmstadt, und Ralph Bruder, Hauptamtlicher Vizepräsident der TU für Studium, Lehre und wissenschaftlichen Nachwuchs, sprach auch Daniel Neumann zu uns, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Darmstadt. Seine Rede war besonders bewegend. Er betonte, wie wichtig es sei, sich zu erinnern, ging dabei aber auch auf die Gegenwart ein: Auch heute gibt es rassistische und antisemitische Überbegriffe. Daniel Neumann bat darum, dass wir uns als neue Generation auf das konzentrieren, was uns verbindet. Und Gerechtigkeit fordern, wenn etwas falsch ist.

Zu den vorgestellten Projekten zählte ein Vorhaben, bei dem Schülerinnen und Schüler der Arheilger Stadtteilschule im Archiv der örtlichen Zeitung Berichte über die Novemberpogrome in der Vergangenheit untersuchten und verglichen. Dabei erhielten sie Unterstützung von Mentoren der TU Darmstadt. Neuntklässler der Stadtteilschule Arheilgen präsentierten zwei Denkmalentwürfe, die sie im Kunstunterricht, verbunden mit dem Fach Geschichte, erarbeitet hatten. Eine andere Schülergruppe der Stadtteilschule setzte sich mit historischen Gedenkreden auseinander und hatte die Aufgabe eine eigene für die Gedenkfeier zu schreiben.

Am Darmstädter Ludwig-Georgs-Gymnasium untersuchten Schülerinnen und Schüler die Situation der jüdischen Schulmitglieder zur Zeit der Pogrome. Außerdem beschäftigte sich die Lerngruppe mit dem Leben von Karl Plagge, der im Jahr 1916 an ihrer Schule sein Abitur abgelegt hatte. Plagge hatte von 1897 bis 1957 gelebt und im Nationalsozialismus etwa 250 ihm zugewiesene Zwangsarbeiter vor der Ermordung im Ghetto Vilnius gerettet. Im Jahr 2004 wurde er postum als Gerechter unter den Völkern geehrt.

Langfristige Vorbereitungen

Um einen solchen Gedenktag zu planen, braucht es Zeit und das Engagement vieler Menschen. Die Idee hatte der Lehrer und Universitätslehrbeauftragte Dr. Bertram Noback bereits im Januar 2016. Die konkreten Planungen begannen im August 2017, zunächst in einer kleinen Arbeitsgruppe. Mitwirkende aus Universität, Schulen und verschiedenen Organisationen überlegten, wie der Gedenktag mit unterschiedlichen Akteuren gestaltet werden könnte. Die RAG Südhessen von Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. war von Anfang an Kooperationspartner des Projekts. Mehrere Vereinsmitglieder haben sich in unterschiedlicher Weise an der Programmgestaltung und -umsetzung beteiligt.

Zunächst galt es, Schulen und Studierende zu finden, die mitmachen würden. Dabei sollten die Studierenden den Projektgruppen als Mentoren zur Seite stehen. Alle weiterführenden Schulen Darmstadts wurden im Mai 2018 über das Projekt informiert und einzelne, interessierte

Fotos: Bertram Noback

Präsentation des Projekts „Karl Plagge" des Ludwig-Georgs-Gymnasiums Darmstadt unter Betreuung von Marcel Hanitzsch – Lehrer im Vorbereitungsdienst.

Lehrkräfte meldeten sich für konkrete Projekte. Im Juni begann die Auswahl der Studierenden, die ab August – in der vorlesungsfreien Zeit – eine Übung besuchten, das in Kooperation mit dem Zentrum für Lehrerbildung der TU Darmstadt durchgeführt wurde. Viele kamen aus Lehramtsstudiengängen, einige aus dem Bereich Geschichte, manche auch aus anderen Fachrichtungen. Alle besuchten eine Einführung in die Geschichte der Erinnerungskultur, gestützt auf den Aufsatz „Erziehung nach Auschwitz" von Theodor Adorno aus dem Jahr 1966. Dann wurden sie den Projekten in den Schulen zugeteilt. Diese begannen zwischen September und November 2018 ihre Arbeit. Insgesamt nahmen fünf Schulen aus dem Stadtgebiet Darmstadt sowie eine Schule aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg mit insgesamt 14 Projekten am Gedenktag teil. Eine weitere Kooperation gab es mit dem Studienseminar für Gymnasien in Darmstadt. Hier machten sich mehr als 25 Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) Gedanken darüber, wie sie das Projekt in ihre Schulen tragen und welche Projekte auch außerhalb des Gedenktages durchgeführt werden könnten.

Die konkrete Planung des Gedenktages verantwortete eine weitere Arbeitsgruppe aus sechs Schülerinnen und Schülern, drei Studierenden und zwei LiVs, die sich ab September um Werbung, Ablauf und Moderation des Gedenktages kümmerte. Ein erheblicher Aufwand, der sich lohnte. Die intensive interdisziplinäre Arbeit sensibilisierte die Beteiligten für dieses Thema. Alle Gruppen zogen das gleiche Fazit: Die Novemberpogrome waren ein grausames und unmenschliches Ereignis, an das man sich erinnern muss, um denselben Fehler nicht noch einmal zu machen.

Wie Daniel Neumann in seiner Rede betonte, ist Antisemitismus nicht nur ein Thema der Vergangenheit, sondern leider auch eines in der Gegenwart. Durch Sensibilisierung und Aufklärung kann erreicht werden, dass mehr Menschen aufstehen und sich dagegen zur Wehr setzen.

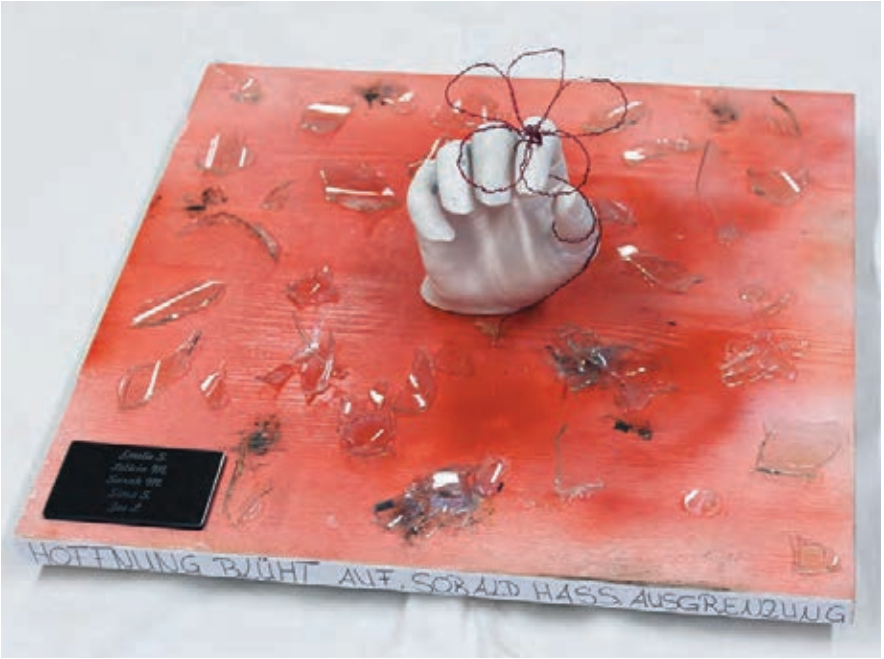
Pionierarbeit geleistet

Das Besondere und Neue an diesem Projekt waren seine interdisziplinäre Ausrichtung und die enge Kooperation verschiedener Organisationen und Institutionen, insbesondere die zwischen den Schulen und den beiden für die Lehrerausbildung zuständigen Einrichtungen in Darmstadt.

Das Ziel war es, das Thema Novemberpogrome in einem fächerübergreifenden Projekt so zu beleuchten, dass die verschiedenen fachlichen Blickwinkel zur Geltung kommen. So gab es klassisch geschichtswissenschaftlich ausgerichtete Projekte wie die Archivrecherche und kreativ-ästhetische Zugänge wie das Projekt des Darstellenden Spiels oder den oben erwähnten Denkmalwettbewerb.

Für das Gelingen dieses Tages war die enge Zusammenarbeit von Studierenden der TU Darmstadt mit den Schulen zentral. Die Studierenden agierten als Mentoren und begleiteten die Schülerinnen und Schüler während der Projektarbeitsphase. Theoretische und praktisch-methodische Kompetenzen erwarben sie im Rahmen einer interdisziplinär ausgerichteten Übung, die Dr. Bertram Noback am Institut für Geschichte der TU Darmstadt durchführte. Eine Form der Kooperation, die ein Ansatz für die künftige Erinnerungsarbeit sein könnte. Hier wurde in Darmstadt Pionierarbeit geleistet. ■

Einer der Entwürfe des Denkmalprojekts der Klasse G9a der Stadtteilschule Arheilgen. Die Schüler hatten im Rahmen des Kunst- und Geschichtsunterrichts die Aufgabe, einen Denkmalentwurf für den 80. Jahrestag der Novemberpogrome zu konzipieren.



Jutta Smirnov ist Schülerin am Ludwig-Georgs-Gymnasium in Darmstadt, **Leonie Otters** ist Studentin der TU Darmstadt, **Marcel Hanitzsch** ist Lehrkraft im Vorbereitungsdienst am Ludwig-Georgs-Gymnasium in Darmstadt.

Liebe Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,

zur Vereinfachung unserer Abläufe wird es für uns immer wichtiger, Sie per E-Mail erreichen zu können. Aus diesem Grunde wären wir Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns Ihre aktuellen Mailadressen mitteilen würden. Über eine kurze Mail an info@gegen-vergessen.de würden wir uns sehr freuen.

Ihr Team von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Gründungsmitglied Manfred Struck gestorben

Foto: Archiv

Gerda und Manfred Struck bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes im Jahr 2004.

Manfred Struck, Gründungsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., ist im Januar 2019 im Alter von 76 Jahren gestorben. Vor allem in der Anfangszeit hat er den Verein stark geprägt. Von 1993 bis 1996 stellte er als erster Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. wichtige organisatorische Weichen. Damit trug er maßgeblich dazu bei, dass sich die Vereinigung entwickeln konnte und die Mitgliedschaft wuchs. Anschließend engagierte Struck sich ehrenamtlich weiter in der Regionalen Arbeitsgruppe Mittelrhein und dort auch neun Jahre lang in der Projektgruppe „Rettung verfolgter Juden und Jüdinnen 1933 – 1945". Die Gruppe recherchierte intensiv die Geschichten geretteter Juden und deren Helfer und kooperierte dabei unter anderem mit der Gedenkstätte „Stille Helden", dem Zentrum für Antisemitismusforschung und der Gedenkstätte Yad Vashem. Darüber hinaus organisierte Manfred Struck Veranstaltungen für Jugendliche an Schulen mit Zeitzeugen und war publizistisch tätig. Zu den Veröffentlichungen zählen „Chełmno / Kulmhof – Ein vergessener Ort des Holocaust?" und „Rachels Erinnerungen". In den letzten Jahren organisierte er sich für den Erhalt der ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang als Lernort. Manfred Struck erhielt 2004 gemeinsam mit seiner Frau Gerda das Bundesverdienstkreuz und blieb dem Verein bis zuletzt verbunden. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ist ihm für sein langjähriges Engagement zu großem Dank verpflichtet. ■

Ernst-Jürgen Walberg bespricht:

Ernst-Jürgen Walberg, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin, schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.

„Skeptiker am Geist der Humanität" ...

... oder: von der Achtung vor dem Leben.

Gerade mal 24 Jahre jung ist der Maler Oskar Kokoschka, als er 1910 den Auftrag erhält, Auguste Forel zu malen. Forel, Jahrgang 1848 (Arzt, Psychiater, knapp 20 Jahre lang Professor für Psychiatrie an der Universität Zürich und Direktor des „Burghölzli", der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich), ist da schon längst eine Art heftig politisierender Privatier. Er hat sich zurückgezogen auf seinen Landsitz „Fourmilières" in Yvorne. Und natürlich hat sich der berühmte Wissenschaftler ausbedungen: Gefalle ihm das künstlerische Porträt des jungen Künstlers nicht, dann dürfe er es zurückgeben und brauche es auch nicht zu bezahlen. Genau so wird es geschehen später.

Oskar Kokoschka malt den alten Herrn sehr zurückhaltend in der Farbgebung, dünnflüssig sind die Farben Ocker, ein leichtes Braun, ein wenig Grau, an keiner Stelle ist der Farbauftrag pastos. Expressionistische Farbenbuntheit: Fehlanzeige. Doch die Details der gichtigen Hände, der hochgezogenen, dichten Augenbrauen, der kräftigen Nase, der hohen Stirn, des intensiv starrenden, neugierigen Blicks, sie lassen viel von der Kraft des Porträtierten und der Expressivität des Porträtierenden erahnen. Trotzdem: Auguste Forel weist das Porträt zurück, es landet wenig später in der Kunsthalle Mannheim, wo es noch heute zu den unbestritten und uneingeschränkt bedeutsamen frühen Arbeiten Kokoschkas gehört. Auguste Forel stirbt 1931.

Drei Jahre später zieht Oskar Kokoschka in die Tschechoslowakei. Er ist einer der ersten Künstler, dessen Werk die Nationalsozialisten als „entartet" diffamieren. Mitte 1937 werden über 400 Arbeiten allein dieses Malers aus deutschen Museen und Sammlungen entfernt. Und eben 1937 malt Kokoschka noch in der Tschechoslowakei sein „Selbstbildnis eines ‚entarteten Künstlers'", das er an den Industriellen und Wirtschaftswissenschaftler Emil Korner verkaufen kann. Als Korner dann mit seiner Familie die Tschechoslowakei Richtung Zürich verlässt, hat er Kokoschkas grandioses, politisch selbstbewusstes und heftig ironisches „Selbstbildnis eines ‚entarteten Künstlers'" im Gepäck. Er wird es 1938 der Ausstellung „Twentieth Century German Art" in den Londoner New Burlington Galleries als Leihgabe zur Verfügung stellen. Im gleichen Jahr emigriert Oskar Kokoschka nach Großbritannien und wird hier bis Ende der 1940er Jahre leben und arbeiten, malen.

„Twentieth Century German Art"

Merkwürdig ist das schon: Als im vergangenen Jahr in London in der Wiener Library for the Study of the Holocaust & Genocide die Ausstellung „London 1938. Defending ‚degenerate' German Art" gezeigt (13. Juni bis 14. September 2018) und wenig später dann in Berlin in der Liebermann-Villa am Wannsee unter dem etwas arg neutralen Titel „London 1938. Mit Kandinsky, Liebermann und Nolde gegen Hitler" (7. Oktober 2018 bis 14. Januar 2019) leicht verändert wiederholt wird, da reibt sich selbst so mancher Kunstkundige verwundert die Augen: Diese Rekonstruktion der 1938 ersten Ausstellung von moderner deutscher Kunst in Großbritannien als europäisches Gegenstück zur unsäglichen Propaganda-Schau „Entartete Kunst" der Nationalsozialisten (1933 in Dresden, 1937 in München) überrascht gewaltig: 300 Meisterwerke der Moderne, geschaffen von 64 der bedeutendsten deutschen Künstler, die 1938 im Deutschen Reich nicht die kleinste Chance mehr hatten, noch ausgestellt zu werden; aus ganz Europa zusammengetragen von den Künstlern selbst, von Sammlern, von Galeristen, von allen möglichen Leihgebern mit we- »

Lucy Wasensteiner, Martin Faass
London 1938. Defending ‚degenerate' art.
Mit Kandinsky, Liebermann und Nolde gegen Hitler.

Nimbus Verlag, Wädenswil 2018 • Gebundene Ausgabe, 240 Seiten
ISBN: 978-3-03850-049-0 • 29,80 €

» sentlicher Unterstützung besonders engagierter deutscher Emigranten; eine Kunst- und Künstlerauswahl, die auch 80 Jahre danach unverändert trägt und gilt und schlicht bewundernswert ist, weit über die Zeit damals hinaus. Und was hatten wir bis dato von diesem auch hochpolitischen Kunstereignis im an- oder nachgelesenen Gedächtnis? Viel zu wenig sicherlich.

Große Ölgemälde, eindrückliche Grafiken, bekannte Skulpturen, überraschende Collagen von Max Beckmann und Otto Dix, Wassily Kandinsky, Paula Modersohn-Becker und Paul Klee, von Käthe Kollwitz und Wilhelm Lehmbruck, Kurt Schwitters und Lovis Corinth, von Max Slevogt oder Max Liebermann. Ach ja, und dann Emil Nolde.

Emil Nolde gegen Hitler? Elf seiner Arbeiten werden 1938 in London ausgestellt: zwei Gemälde, sieben Aquarelle, eine Zeichnung und eine Lithografie. Schon im Vorfeld der Schau hatte Nolde davon erfahren, war doch einer seiner Freunde, der in Bern lebende Schweizer Jurist Hans Fehr um Nolde-Leihgaben für die Ausstellung gebeten worden. In einem Schreiben an das Auswärtige Amt in Berlin teilt der Anwalt am 16. Mai 1938 mit: „In Übereinstimmung mit dem Künstler habe ich dies abgelehnt. Nolde und ich sind der Meinung, dass diese Ausstellung (unter jüdischer Führung) zu einer Art Demonstrations-Ausstellung ausgebaut wird. Davon will Nolde nichts wissen und sich nicht beteiligen. Sollten sich trotzdem, etwa aus Privatbesitz, Bilder meines Freundes dort finden, so geschieht dies gegen seinen Willen." Staatssekretär Ernst von Weizsäcker reagiert sofort und teilt mit, dass Fehrs „Äußerungen betreffend die Haltung des Herrn Nolde an die dafür zuständige Stelle gelangen." Sofort beruhigt Hans Fehr den Künstler schriftlich: „Der Staat weiß nun, daß mit Deinem Willen keine Bilder ausgestellt werden dürfen. Das ist wichtig." Dass andere Leihgeber den Londoner Ausstellungsmachern Nolde-Bilder zur Verfügung stellen, kann der Maler allerdings nicht verhindern. 1938 aber will Nolde das nicht in den Kram passen, nicht in den künstlerischen und schon gar nicht in den politischen, so einfach schien das damals (und so kompliziert wurde es dann später, nach 1945). Nolde gegen Hitler?!

Dass „London 1938" schon allein der Kosten wegen heute nicht mehr eins zu eins nachzustellen ist, versteht sich von selbst. Umso wichtiger ist der deutsch-englische Katalog, der die Schau von damals so präzise wie möglich rekonstruiert. Das ist gelungen, er ist einfach hervorragend: von der Geschichte der einzelnen Bilder über das Schicksal der Künstler bis hin zu den Organisatoren und ihren Ambitionen, vom politischen Umfeld bis zu den erbosten Reaktionen der NS-Presse, von den Dokumenten zur Ausstellung bis hin zum kleinen bescheidenen Katalog damals, von der Rolle der Kunst und der Künstler kurz vor dem Zweiten Weltkrieg und der Bedeutung dieses Kunstereignisses für die (europäische) Zeit danach. Wir lesen uns fest und ahnen, wie fahrlässig wenig wir bis heute gewusst haben.

Gar nicht so nebenbei und doch nebenher: Da sind Entdeckungen zu machen wie zum Beispiel diese: Am 12. März 1936 veröffentlicht *Die neue Weltbühne* in der Nr. 11 ihres XXXII. Jahrgangs einen gut vier Seiten langen Text, der die Überschrift trägt „Der Bürgerschreck Kokoschka von einem Interviewer": ein anonymer Beitrag also, der ganz offensichtlich von Oskar Kokoschka selbst stammt. Er ist eine kurze, fast hastige Lebenszwischenbilanz des Künstlers vom ersten polizeilichen Verbot eines seiner Theaterstücke noch vor dem Ersten Weltkrieg bis zum Abhängen seiner Bilder in den deutschen Museen. Kokoschka erinnert sich an die Arbeit am Forel-Porträt: „Forel machte mich fast zum Skeptiker am Geist der Humanität, denn wann werden die Menschen [...] es einmal lernen, andere Menschen deshalb nicht zu hassen, weil sie in anderen Ländern leben, andere Sprachen sprechen und anderen Rassen angehören?" Oskar Kokoschka 1936. Nur vier Seiten später folgt Theobald Tigers (= Kurt Tucholskys) sarkastisches, bitterböses Gedicht „Das dritte Reich".

Ein Dorf nur, ein ganz normales

Kennen Sie Guntersblum? Guntersblum liegt etwa in der Mitte zwischen Mainz und Worms, ein rheinhessisches Weindorf mit heute knapp 4.000 Einwohnern und einer über 1.100-jährigen Geschichte: zwei Grafenschlösser, zahlreiche Fachwerkhäuser, Weinberge drumherum, Idylle pur. Dass Guntersblum im November 2008 kurz vor dem 70. Jahrestag der als „Reichskristallnacht" viel zu harmlos umschriebenen Pogromnacht urplötzlich aus seiner Beschaulichkeit aufschreckte, das lag an zwei tristen Schwarz-Weiß-Fotografien, die die Tageszeitung Die Welt unter der Überschrift „Öffentlich gedemütigt" veröffentlicht hatte: Sechs Männer, älter schon, marschieren im Gänsemarsch über das Kopfsteinpflaster der Guntersblumer Hauptstraße. Sie haben schwarze Talare an, tragen helle Gebetsschals um den Hals und schleppen große und kleinere Thorarollen. Die Männer starren vor sich hin, wie eingefroren und unbewegt scheint ihre Mimik. Zwei Uniformierte mit Hakenkreuzbinden folgen, Kinder begleiten den Zug, das Spektakel lachend auf dem Bürgersteig – schulfrei hat's gegeben! Einige Erwachsene stehen in einer Einfahrt, drei Frauen schauen neugierig aus einem hohen Fenster herab auf den „Schandmarsch", auf den „Demütigungsmarsch" – „a Gaudi" ist's im Dorf.

Sven Felix Kellerhoff
Ein ganz normales Pogrom. November 1938 in einem deutschen Dorf.

Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 2018
Gebundene Ausgabe, 244 Seiten
ISBN: 978-3-608-98104-9 • 22,00 €

Anfang der 1930er Jahre hat Guntersblum gut 2.600 Einwohner, 58 von ihnen sind jüdischen Glaubens. Man kennt sich, die Familien, die Nachbarn haben zusammen gearbeitet über Jahre, über Jahrzehnte. Anonymität gibt es nicht in Guntersblum, schon gar nicht, als sie überlebenswichtig wird. Die ersten Juden ziehen weg in die Großstädte, wo sie keiner kennt, hier glauben sie sich sicher vor dem immer aggressiveren Antisemitismus der Zeitgenossen.

Die Guntersblumer Synagoge wird geplündert, aber nicht angezündet – man hat Angst vor einem Übergreifen der Flammen auf die Nachbarhäuser. Ein Banner ‚ziert' die Einfahrtsstraße nach Guntersblum: „Der Weg nach Jerusalem führt nicht durch diesen Ort." Neun Wohnungen von Juden in sieben Häusern werden „aufgeräumt", also trotz Verbots geplündert. Die Feuerwehr wird zur Bewachung eingeteilt, doch erst am nächsten Morgen ist die „Nacht der Selbstbedienung an jüdischem Eigentum" vorbei. Die offizielle Medienbilanz am 11. November 1938: „Für jüdische Mörder und ihre Genossen ist in Rheinhessen ein für alle Mal kein Platz mehr." Einige wenige Guntersblumer Juden werden es ins Exil schaffen. Guntersblum, ein Dorf nur, ein ganz normales deutsches Dorf.

Das wird so bleiben. Nach 1945 hält die Dorfgemeinschaft eisern zusammen. Jahrzehnte wird es dauern, bis auf Initiative Einzelner die Geschichte endlich Gegenwart wird mit einer Gedenktafel am Judenhaus, der alten Schule, mit Stolpersteinen im Dorf, mit Notizen in der einen oder anderen Dorfchronik und mit dieser sorgsam detaillierten Studie des Historikers und Journalisten Sven Felix Kellerhoff über einen normalen deutschen Ort mit einer entsetzlich normalen deutschen Geschichte und Gegenwart.

Toleranz und die Freiheit des Glaubens

Langsam fährt die 17-jährige Luise am Meer entlang, in Nizza auf der Promenade des Anglais im strahlenden Sonnenschein. „Vorsichtig sah sie sich um, ob ihr niemand folge. Gleichmäßig bewegten sich ihre schönen, schlanken Beine. Gleichmäßig schwebten ihre kleinen Brüste auf und nieder. Sie war ihres Rades und ihrer selbst so sicher, daß sie nicht auf ihren Weg, sondern abwechselnd auf die Wellen und die Spaziergänger blickte. Ihre großen, schwarzen Augen schienen so heiter, als hätte sie in den ganzen siebzehn Jahren ihres Lebens nur gute Menschen gesehen." Spätestens nach diesem zweiten Absatz auf der ersten Seite des 1949 erstmals erschienenen Romans „Die fremden Götter" von Hermann Kesten sind wir zwar noch nicht im Stoff, aber doch schon wieder raus. Denn jetzt sind sie gleich im Hinterkopf, die Bilder vom Anschlag in Nizza am 14. Juli 2016, als der Attentäter Mohamed Lahouaiej Bouhlel voller Hass und religiösem Fanatismus hier auf der Promenade des Anglais mit einem LKW in die Menschenmenge fuhr und 86 Menschen tötete, 458 Menschen schwer verletzte.

Hermann Kestens leider längst vergessener Roman ist ein zugegeben etwas altmodisch wohlformuliertes, doch großartiges Plädoyer für vor allem religiöse Toleranz am Beispiel der jüdischen Familie Schott. Die Eltern haben das Konzentrationslager überlebt und kehren in das Leben zurück als streng orthodoxe Juden, der Vater noch kompromissloser als die Mutter. Die Tochter Luise hat in Avignon versteckt in einem katholischen Kloster überlebt, sie ist streng katholisch inzwischen. Da geht nichts mehr zusammen in der Familie zwischen Vater und Tochter, religiöse Toleranz ist nicht im Angebot, auf beiden Seiten nicht. Da hilft nichts und niemand: Selbst der alte weltoffene Rabbi im Hintergrund hat mit seinen ruhigen Hinweisen auf Großzügigkeit und Toleranz und natürlich gegen jede Art von Fanatismus keine Chance.

Das wäre als Lektüre nur schwer zu ertragen, hätte Kesten um das alles bestimmende Grundthema herum nicht eine ziemlich turbulente Rahmenhandlung drapiert: vom gestreng verordneten Hausarrest über witzig organisierte Fluchten bis zu nur noch missratenden Liebesschwüren oder voraussehbar kläglich scheiternden Verführungsversuchen. Das Ergebnis: ein Roman zwischen Tragödie und Farce mit allen Spielarten dazwischen.

Die Akteure, die Kontrahenten sind ganz andere heute, gar keine Frage. Doch Hermann Kestens Roman „Die fremden Götter" ist auch 70 Jahre nach seinem ersten Erscheinen 1949 bei Querido in Amsterdam und bei Bermann-Fischer in Wien brandaktuell. Er trifft uns noch immer und widerlegt im Übrigen wunderbar die leichtfertige Kritikerbehauptung, Kestens Romane seien „Bücher für ihre Zeit" gewesen, heute lese man darin „wie in einer fremden Welt".

„Ändern Dichter die Welt?"

Am 20. August 1968 reist Heinrich Böll mit Frau Annemarie und Sohn René auf Einladung des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes nach Prag, mitten hinein in den Prager Frühling. Die Reise hatte das Ziel, so Böll später in einem Interview mit Klaus Rainer Röhl für „Konkret", „mir ein Bild darüber zu machen, über die Demokratisierung, über die Entwicklung der Zensur, über die Rolle, die die katholische Kirche zum erstenmal in einem sozialistischen Land zu spielen schien oder annehmen zu wollen schien. Und ich wollte auch die ökonomischen Zusammenhänge studieren." »

Hermann Kesten
Die fremden Götter.
(Herausgegeben und mit einem Fundstück versehen von Albert M. Debrunner.)

Nimbus Verlag, Wädenswil 2018 • Gebundene Ausgabe, 248 Seiten
ISBN: 978-3-03850-045-2 • 28,00 €

» Bölls handschriftliche, offensichtlich hektische Aufzeichnungen vom Morgen des 21. August auf herausgelösten Seiten eines Vokabelheftes DIN A6 zeichnen die Stimmung nach, die ersten Eindrücke: „Ein-///// marsch der Russen! – um 7 von B. Czernitz geweckt, der vor der Zimmertür rief ‚wir sind besetzt' – Annemarie im Bad; Gespräch mit Czernitz an meinem Bett, der mich auffordert, sofort abzureisen – völlig verstört auf". Und wenig später dann: „... sehen die ersten Panzer – die jungen Leute auf russ. Panzern – die sturen, unansprechbaren Russen! Arme Kerle auch, die offenbar nicht ahnten, was sie so tun"...
49 Seiten wird Heinrich Böll an den fünf Tagen in Prag mit Stichworten füllen, mit den aufmunternden Rufen der jungen Leute „Dubcek, Dubcek, Svoboda", mit den Parolen an den Häuserwänden, mit den wütenden Schreien „Gestapo" und hilflosen Randnotizen. Sohn René wird fotografieren, so viel und so gut er kann. Sie sind unterwegs in der Stadt, das geplante Programm ist außer Kraft, der eher medienscheue Schriftsteller gibt Interviews vor allem nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik; er nimmt kein Blatt vor den Mund, er schreibt, er bilanziert: „Nein, das war kein Kino, kein Fernsehen, es waren keine Dreharbeiten, keine Komparsen, es waren Soldaten in Aktion, und sie zerschossen jegliche Sentimentalität; und die Sowjetregierung ließ ihre Sympathien zerschießen."

Das Ende des Prager Frühlings 1968 wird Heinrich Böll nie wieder loslassen. Immer wieder wird er sich einsetzen für tschechoslowakische Schriftstellerkollegen. Mit Carola Stern wird er in Erinnerung an die Prager Reform-Zeitschrift Literární Listy die politisch-literarische Vierteljahreszeitschrift „L 76" gründen und die Unterzeichner der Charta 77 unterstützen. Und nie wieder wird Heinrich Böll dieses Bild loslassen: „Vor Kafkas Geburtshaus stand ein Panzer, das Rohr auf die Kafka-Büste gerichtet. Hier auch wurden Symbol und Wirklichkeit kongruent."

Warum nur hat es so ewig gedauert, bis es diese faszinierende Dokumentation, dieses ehrliche Buch endlich gibt?!?

Leben für die Kunst – und nun?

Am 21. August 1968 arbeitet der Bildhauer Wieland Förster an der Gipsfigur für den Torso eines „Erschossenen", inklusive Standplatte und senkrechter Wand, an der die Figur befestigt werden wird. Da weiß Förster noch nicht, dass Deutsche nicht mit in Prag einmarschieren. Und so notiert er in seinem Tagebuch: „Mich schüttelt fiebriges Entsetzen! Richtungslos vor Scham irre ich durchs Gelände: Deutsche besetzen das wunderbare Prag, das ich seit 1957 liebe, Panzer im herrlichen Kulturland ... Ich laufe unter einer Glocke aus Glas, fassungslos, und sehe wie nie zuvor keinen Weg, in Würde und Anstand zu leben." Später wird man den großen Bildhauer wieder einmal maßregeln, weil Truppen der DDR eben nicht mit einmarschiert sind.

Die kleine Auswahl aus seinen Tagebüchern der Jahre 1958 bis 1974 ist eine großartige Fundgrube aus gerade einmal gut 15 Jahren Leben und Werk gegen den Strich: widerborstig und widerständig, klug und auch stolz, voller Ideen und mit allen Zweifeln, die zu einer solchen Profession gehören und zu einem Menschen, der sich einmischt, politisch eine kurze Weile, künstlerisch als Bildhauer und Schriftsteller bis heute. Und gegen den Trend – wie denn sonst, wenn die Jahre der Haft, wenn das sowjetische Speziallager Bautzen Basis war für Leben und Werk? Wenn „das Bild des Todes, des sterbenden Menschen" schon den 19-Jährigen begleitete über Wochen, über Monate, jahrelang?

In 171 Oktavheften hat Wieland Förster sorgfältig Tagebuch geführt: „Tagebücher sind unsere Verliese, in denen wir unsere Nöte rasch entsorgen, aber manchmal melden sie auch flüchtige Hochzeiten." Sie erzählen vom Widerstand gegen jeden „nationalen Kitsch". Sie berichten vom Dagegensein „gegen die ‚normale' Welt", weil jedes große, kostbare Werk immer „irgendwie als ‚Dagegen'" entstehe. Sie plädieren für Träume und Toleranz als „geistige Errungenschaft unseres Jahrhunderts". Oder sie begleiten den bewussten Einzelgänger, der gut mit sich klarkommt, und sein Arbeiten auch. Funktioniert das nicht, ist da mit Glück ein anderer Einzelner: Wieland Förster zum Beispiel war der Austausch mit dem Schriftsteller Franz Fühmann über Jahre möglich – der intensive Briefwechsel zwischen beiden legt eindrucksvoll Zeugnis von den Gemeinsamkeiten im Zweifeln ab.

Wo ist der Verlag, der den Mut hat, diese Tagebücher als künstlerische Zeitzeugnisse in einer großen Ausgabe zu veröffentlichen? Wo ist die längst überfällige Retrospektive der Kunst Wieland Försters in Deutschland, in Europa? Wo ist seine Entdeckung im Westen und wo seine (Wieder-) Entdeckung im Osten? Es wird hohe Zeit! ■

Heinrich Böll
Der Panzer zielte auf Kafka. Heinrich Böll und der Prager Frühling.
(Hsg. René Böll, einführender Essay von Martin Schulze Wessel)
Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2018 • Gebundene Ausgabe, 224 Seiten • ISBN: 978-3-462-05155-1 • 20,00 €

Wieland Förster (Herausgegeben von Eva Förster)
„... weil aus dem Zweifel das Wachstum entsteht."
Aus den Tagebüchern von 1958 bis 1974.
Akademie der Künste, Berlin 2018
Kunststoff-Einband, 128 Seiten, 20 Abb.
ISBN: 978-3-88331-227-9 • 12,00 €

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Prof Dr. Bernd Faulenbach, Vorsitzender, Historiker

Ekin Deligöz, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Eberhard Diepgen, Stellvertretender Vorsitzender, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D.

Linda Teuteberg, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Andreas Dickerboom / Stefan Querl, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Iris Gleicke, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer a. D.

Bernd Goldmann, Schatzmeister, ehemaliger Direktor der UBS Deutschland AG, Niederlassung Berlin

Kerstin Griese, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

Erik Bettermann, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Tilo Braune, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Burkard Dregger, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Reinhard Grindel, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes

Dr. Norbert Haase, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Christian Hirte, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär, Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Dr. Susanne Kitschun, Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ernst Klein, Vorsitzender des Vereins Rückblende Gegen das Vergessen e. V.

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a.D.

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.

Paul Nemitz, Direktor für Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission in Brüssel

Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Ernst Piper, Historiker, Verleger

Ulrike Poppe, ehemalige Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Dieter Schulte, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Lothar Tautz, Religionspädagoge und Sozialkundelehrer

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a. D.

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a. D.

EHRENVORSITZENDER

Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Rainer Braam, Unternehmer

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Dr. Thomas Goppel, Staatsminister a. D.

Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern a. D.

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Wolfgang Tiefensee, 2012 – 2014, Wirtschaftsminister in Thüringen

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003 – 2012, Bundespräsident a. D.

Dr. h.c. Hans Koschnick, 2000 – 2003, Bürgermeister von Bremen a. D.

Dr. Hans-Jochen Vogel, 1993 – 2000, Bundesminister a. D.

FRIEDRICH **MÜCKE** KAROLINE **SCHUCH** DAVID **KROSS** ALICIA **VON RITTBERG** UND THOMAS **KRETSCHMANN**

„Extrem authentisch, präzise erzählt, enorm spannend: deutsches Kino der Extraklasse.“

CINEMA

VON REGISSEUR **MICHAEL BULLY HERBIG**

BALLON

FÜR DIE FREIHEIT RISKIERTEN SIE ALLES

Am 16. September 1979 ist es den Familien Strelzyk und Wetzel geglückt, mit einem selbstgebauten Heißluftballon die Grenze zu überwinden und in die Bundesrepublik zu fliehen. Basierend auf dieser wahren Geschichte hat Michael Bully Herbig einen fesselnden Thriller inszeniert. Das Drehbuch wurde gemeinsam mit den Zeitzeugen der Geschichte entwickelt.

AB 14. MÄRZ ALS DVD, BLU-RAY & 4K UHD

SevenPictures FFF Bayern medienboard BerlinBrandenburg amazon STUDIOCANAL